Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, und durch Kolporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen Mk. 2.50, frei ins Haus Mk. 2.92, wo keine Post am Orte, Mk. 2.34.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Insertionsgebühr beträgt für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 Pfennige, für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 15 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Nr. 1206.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Nr. 1206.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Nr. 55. Mittwoch, den 7. März 1906. 17. Jahrgang.

Gemeindesteuern und Gemeindeschulden.

Steuern und Schulden? Ein heikles Thema für jedermann, denn niemand zahlt gern Steuern und ebenso hat niemand gern Schulden. Aber jedenfalls ein wichtiges und ein notwendiges Thema, besonders zur verheißungsvollen Vorfrühlingszeit, wenn die gesetzgebenden und verwaltenden Körperschaften im Reich, im Staat und in der Gemeinde sich mit der Aufstellung ihrer Etats für das kommende Jahr, das in diesen Dingen bekanntlich mit dem 1. April beginnt, beschäftigen. Und so dürfen wir denn [illegible] das Interesse unserer Leser voraussetzen, wenn wir im folgenden dies Thema behandeln, soweit es die Kommune Breslau angeht.

Der Breslauer Stadthaushaltetat für 1906 balanciert in Einnahme und Ausgabe mit fast 27¼ Millionen Mark, rund 2 Millionen mehr wie im Vorjahre. Davon müssen durch direkte Steuern — Einkommen-, Grund- und Gewerbesteuer — rund 11¼ Millionen Mark, fast eine halbe Million mehr wie im Vorjahre, gedeckt werden. Also müssen wir mehr Steuern zahlen? Nein, unser städtischer Finanzminister will das Kunststück fertig bringen, ohne Erhöhung der prozentualen Zuschläge zu den staatlichen Steuern die höhere Summe herauszubringen, ja sogar ungeachtet des Umstandes, daß die unterste Steuerstufe (Einkommen von 420 bis 660 Mark) zur Gemeindeeinkommensteuer von jetzt an nicht mehr herangezogen werden soll. Das Kunststück ist freilich nicht so groß, wie wir gleich sehen werden. Herr Matthes ist nämlich in der angenehmen Lage, den sogenannten Einheitssatz bei Einkommen- und Gewerbesteuer wieder höher anzunehmen wie im Vorjahre. Dieser Einheitssatz ist gleich dem Betrage von ein Prozent der Staatseinkommen- bezw. Gewerbesteuer. Beträgt zum Beispiel die Gesamtsumme der in Breslau gezahlten staatlichen Einkommensteuer 3 Millionen Mark, so ist nach Adam Riese ein Prozent dieser Summe gleich 30,000 Mark. Steigt nun, infolge Vermehrung der Einwohner, infolge besserer wirtschaftlicher Verhältnisse mit ihren Einkommenssteigerungen, die Gesamtsumme der in Breslau vereinnahmten Einkommensteuer vielleicht auf vier Millionen Mark, so ist also ein Prozent nicht mehr gleich 30,000 Mark, sondern gleich 40,000 Mark. Bei der Festsetzung der Gemeindesteuern, die bekanntlich nach Prozenten der entsprechenden staatlichen Steuern bemessen werden, setzt man alljährlich den Betrag dieses einen Prozent als Einheitssatz schätzungsweise fest, nach Maßgabe der voraussichtlichen Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse im kommenden Etatsjahr. Diese Schätzung deckt sich freilich nie mit dem tatsächlichen Einheitssatz, der diese stets übertrifft und stetig im Steigen ist. Der Einheitssatz der Einkommensteuer betrug nach dem Etat des Jahres 1898 34,500 Mark, nach dem wirklichen Ergebnis 37,759 Mark, der des Jahres 1905 nach dem Etat 46,000 Mark, in Wirklichkeit wird er 48,185 Mark betragen. Für das neue Etatsjahr ist ein Einheitssatz von 47,500 Mark angenommen, der Kämmerer wird also bei 136 Prozent Gemeindeeinkommensteuer (gleich wie im Vorjahre) diesmal 136 mal 47,500 Mark gleich 6,460,000 Mark Einkommensteuer einsäckeln können, etwa 200,000 Mark mehr wie nach dem Voranschlag im vergangenen Jahre.

Wie schon gesagt, beabsichtigt die Stadt, auf die Erhebung der Gemeindeeinkommensteuer für die unterste Steuerstufe (Einkommen von 420 bis 660 Mark) zu verzichten. Die Zahl der Steuerzahler dieser Stufe ist die größte aller Stufen, sie betrug im Jahre 1903 noch 35,066, ist aber gegenüber den vorangegangenen Jahren trotz erheblicher Vermehrung der Einwohnerzahl in bemerkenswertem und ständigem Rückgang begriffen. Während die Zahl der Steuerzahler der untersten Stufe 1898 bei insgesamt 108,795 Steuerzahlern noch 40,231, also 36,98 Prozent aller Steuerzahler betrug, war die Zahl 1903 bei insgesamt 116,535 Steuerzahlern auf 35,066, das sind 30,009 Prozent aller Steuerzahler herabgesunken. Und mittlerweile wird ein weiteres Sinken dieser Zahl anzunehmen sein, das zahlenmäßig mangels geeigneter Unterlagen allerdings hier nicht darzustellen ist. Der Steuerertrag bezifferte sich 1903 in dieser letzten Steuerstufe, bei den Aermsten der Armen, immer noch auf reichlich 120,000 Mark. Magistrat und Stadtverordnete wollen nun den kleinsten Steuerzahlern mit dem Erlaß dieser Summe ein „Geschenk“ machen und dies Geschenk kann ohne weiteres auch von sozialdemokratischer Seite akzeptiert werden. Haben die Steuerzahler dieser Einkommensstufe doch trotz ihrer bisherigen Steuerleistung nicht einmal das geringe kommunale Wahlrecht der dritten Klasse gehabt.

Wenn es jedoch heißt, daß der Magistrat auch für die folgende Einkommensstufe in Zukunft keine Einkommensteuer mehr erheben werde, so muß dazu unsere Stellung doch eine andere sein. Grundsätzlich tritt die Sozialdemokratie dafür ein, daß jeder, der ein Einkommen hat, dafür auch eine entsprechend gerecht bemessene Steuer bezahlen soll. Wofür dann natürlich auch jeder, einerlei ob er viel oder wenig zahlt, die ungeschmälerten gleichen, politischen Rechte haben soll. Unseren Grundsätzen entsprechend dürfen wir daher nicht für den Fortfall der Einkommensteuer für die zweite Steuerstufe eintreten, woran auch der Umstand nichts ändert, daß die Wähler dieser Steuerstufen nicht gleiches Wahlrecht mit den Steuerzahlern höherer Stufen, sondern ein geringeres haben. Aber noch eine andere Erwägung dürfte uns die Zustimmung verbieten. Bisher galt allerdings eine oberverwaltungsgerichtliche Entscheidung, nach der wohl diejenigen, welche ihrer Kinderzahl wegen nicht zur zweiten Steuerstufe (660 bis 900 Mark) veranlagt wurden, das Wahlrecht verloren (in Breslau mehr wie 20,000 Steuerzahler!) nicht aber dann der Verlust des Wahlrechts eintritt, wenn sämtliche dieser Steuerstufe angehörigen Personen zur Steuer nicht veranlagt werden. Bleibt diese Entscheidung zu Recht bestehen, dann behalten auch nach dem Fortfall der Steuer alle bisher wahlberechtigten Personen ihr Stadtverordnetenwahlrecht. Aber wer wird dafür einstehen, daß das Oberverwaltungsgericht nicht eines Tages entscheidet, § 5 der Städteordnung sei so zu verstehen, daß nur jeder, der auch wirklich Steuern zahlt, wahlberechtigt sei? Hat doch dies hohe Gericht seine Ansichten gerade in Fragen des kommunalen Wahlrechts wiederholt von Grund aus geändert. Geschehe das jetzt auch wieder, dann wäre die Sozialdemokratie in den alten Provinzen Preußens wie in Berlin mit einem Federstrich ihres bisherigen ohnehin ganz unzulänglichen Gemeindewahlrechts völlig beraubt. Und deshalb sollte die Sozialdemokratie auch in Breslau das Danaergeschenk des Steuererlasses für die zweitunterste Steuerstufe sehr entschieden ablehnen.

Auch die sogenannten Realsteuern sollen in dem neuen Etatsjahre in der gleichen Höhe wie im Vorjahre erhoben werden, dabei aber ebenfalls mehr bringen wie im jetzigen Etatsjahr. Bei der Gewerbesteuer besteht dafür die gleiche Ursache wie bei der Einkommensteuer, nämlich die Erhöhung des Einheitssatzes, der im Voretat mit 7700 Mark angenommen wurde und nun auf 8200 Mark geschätzt wird. Da der Zuschlag 160 Prozent beträgt, ergibt sich 160 mal 8200 gleich 1,312,000 Mark, rund 80,000 Mark mehr wie im Voretat. Bei der Gemeindegrundsteuer gelten andere Bedingungen. Sie soll wie im Vorjahre mit 3 pro Mille des gemeinen Werts aller städtischen Grundstücke (3 Mark von je 1000 Mark Grundstückswert) erhoben werden. Hier gilt als Einheitssatz ein Zehntel pro Mille des gemeinen Werts. Dieser Wert sämtlicher Grundstücke betrug nach der vorjährigen Schätzung 1085 Millionen Mark und ist jetzt auf 1156 Millionen Mark gestiegen, der Einheitssatz beträgt im neuen Etatsjahr also 115,600 Mark, was 30 (3,0) mal 115,600 Mark gleich 3,468,000 Mark Grundsteuerertrag, rund 213,000 Mark mehr wie im Voretat ausmacht.

Nicht uninteressant dürfte es sein, hier einen Blick auf die riesige Wertsteigerung des Grund und Bodens in Breslau zu werfen. Im Jahre 1900 — dem ersten Jahre, in welchem der neuen Grundsteuerordnung wegen eine allgemeine Schätzung des Grundbesitzes in Breslau erfolgte — betrug dieser Wert (in runden Zahlen) 871 Millionen Mark, 1901: 903 Millionen, 1902: 990 Millionen, 1903: 1004 Millionen, 1904: 1037 Millionen, 1905: 1085 Millionen und 1906: 1156 Millionen Mark. In sieben Jahren steigerte sich dieser Wert also um fast 33 Prozent, beinahe um ein Drittel des ursprünglichen Wertes. Diese gewiß ungesunde Wertsteigerung wird dadurch nicht nennenswert gemildert, daß einige Millionen Mark Grundwert auf Rechnung der Eingemeindung der Orte Dürrgoy und Herdain zu setzen sind.

Stefan vom Grillenhof.

Roman von M. Kautsky.

126. (Nachdruck verboten.)

Die Gräfin wandte sich hierauf mit sanfter und vornehmer Würde an ihre Tochter: „Du bist ein wildes, störrisches Kind. Du kannst mich noch nicht lieben, ich fühle das, aber ich werde nachtragen, was ich bisher versäumt, ich werde Dich in eine andere Umgebung, in bessere, günstigere Verhältnisse bringen, ich werde Dir eine glänzende Erziehung geben lassen. Freilich, unser nahes Verhältnis muß vorerst noch ein Geheimnis bleiben, — Du darfst mich öffentlich noch nicht Deine Mutter nennen.“

Nandl hob rasch den tief zur Brust herabgesenkten Kopf, ein Blitz aus ihren dunklen Augen traf die neue Mutter, die es nur insgeheim sein wollte, und mit einer Heftigkeit, als könne diese Versicherung nicht rasch genug gegeben werden, rief sie: „Ich werde es nicht tun.“

„Verurteile mich deshalb nicht,“ fuhr die Gräfin eindringlicher fort, „es muß so sein, ich kann nicht anders. Du wirst Bildung und Erziehung erhalten und wirst dann alles begreifen lernen. Dann will ich Dich auch zu mir nehmen, wir werden uns allmählich an einander gewöhnen und — lieben lernen; ich hoffe es, ich rechne darauf.“

Nandl horchte auf jedes Wort, ihre Augen hafteten mit banger, ängstlicher Neugier auf dem schönen Gesichte der Gräfin, es war, als wollten sie, das Innere dieser Frau durchforschend bis auf den Grund der Seele dringen. Sie öffnete jetzt den Mund, und eine Frage, die erste, drängte sich in spontaner Innerlichkeit über ihre Lippen: „Wo ist mein Vater? Wer ist mein Vater?“

Die Gräfin erblaßte. Diese Frage hatte sie nicht erwartet. Sie verwirrte sie, sie raubte ihr alle Fassung. „Dein Vater war nicht der mir angetraute Gatte,“ stammelte sie, „aber ich liebte ihn.“

„Sie liebten ihn?“ rief Nandl voll warmer Empfindung, und zum ersten Male schimmerte es feucht in ihren Augen. „Sie haben meinen Vater geliebt?“

„Ich war damals noch sehr jung und unerfahren, ein Kind, wie Du, und er war schön, voll Leidenschaft, voll stürmischer Beredtsamkeit, er wußte mich zu umstricken, — ich liebte ihn, — es war das Unglück meines Lebens! Eine entsetzliche Schmach kam über mich, die ich vor aller Welt verbergen mußte. Kannst Du das fassen, Kind?“

„Nein. Und wo ist jetzt dieser Mann? Lebt er noch?“

„Ich weiß es nicht, ich weiß nichts von ihm.“

„Nichts!?“

„Das ist vorüber; weder er noch ich könnten ein Wiederanknüpfen begehren, ein Wiedersehen auch nur wünschen. Frage deshalb nicht weiter, berühre nicht diesen Punkt, Du tust mir wehe. Laß uns jetzt, solange wir noch allein sind, über das Zunächstzubeschließende ins Reine kommen. Komm näher, ganz nahe.“ Die Gräfin dämpfte ihren Ton zu einem Flüstern herab. „Dieses Weib werde ich in eine Anstalt bringen lassen, wo sie gute Pflege und die gehörige Aufsicht haben soll, sie ist irrsinnig und könnte noch Unheil anrichten. Du, Nandl, bereite alles vor, ich komme morgen Abend hierher, Dich abzuholen.“

„Mich abholen.“

„Vertraue nur, ich will Dir ein glänzendes Los schaffen, nichts will ich sparen, um Deine geistigen Anlagen zu wecken, um Dich zu veredeln. Du sollst unter den jungen Damen unserer ersten Familien aufgezogen werden, und es soll Dir an nichts fehlen, was das Leben zu erheitern, zu verschönern vermag.“

„Sie wollen mich von hier fortnehmen?“

„Natürlich, und zwar so bald als möglich, oder glaubst Du, ich könnte Dich, meine — Maximiliane, unter so erbärmlichen Verhältnissen weiterleben lassen?“

„Aber ich kann nicht fort!“ rief Nandl, mit ihrer Erregung kämpfend, die ungestüm hervorzubrechen drohte, und dennoch in einem bittenden, fast flehenden Ton. Ich kann doch nicht alles verlassen, an das ich mich zeitlebens gewöhnt hab', an das ich mein Herz gehängt und das ich liebe.“

„Du wirst meiner bessern Einsicht gehorchen, Nandl,“ sagte die Gräfin streng, „Du wirst mir glauben, wenn ich Dir sage, daß das Leben, das Du bisher geführt hast, daß all' Deine Gewohnheiten und Neigungen unpassend, gemein, verwerflich sind.“

„Was wissen Sie davon, was wissen Sie von meinem Leben, von meinen Neigungen, — Sie haben sich bisher nicht um mich gekümmert.“

„Um so energischer will ich es nachholen; Du kannst nicht so unverständig sein und Deinem eigenen Besten Dich entgegensetzen, ich will ja nur Dein Bestes, Kind! Sieh, Du bist verkommen, verwahrlost in entsetzlicher Weise, es ist natürlich, Du hast bisher in Armut und Elend gelebt, Du warst Dir allein überlassen, ich trage alle Schuld daran, ich weiß es, aber eben deshalb will ich mein Gewissen reinigen, von diesem Vorwurf wenigstens; ich will gut machen, soweit ich es vermag. Glanz, Reichtum, Bildung, alles will ich Dir geben, noch mehr, ich will Dich adoptieren, Du sollst wirklich meine Tochter sein und dafür gelten, und wenn ich sterbe, sollst Du die Hälfte meines Vermögens erben.“

In den Augen der Nandl hatten sich Flammen entzündet, das Herz klopfte ihr zum Zerspringen, aber die Brust war ihr so seltsam beengt, die Kehle wie zusammengeschnürt, sie vermochte nur kurze, abgerissene Sätze herauszustoßen. „Und dafür soll ich alles hier verlassen, — mich selbst aufgeben, — nicht mehr die Nandl sein?“

„Du mußt das, Kind, es ist notwendig.“

„Aber ich will nichts von Ihnen, — ich nehme nichts von Ihnen, — ich will unter denen bleiben, die ich lieb gewonnen hab', — ich will hier im Hause des Professors bleiben, — wo ich eine Heimat gefunden“

„Nandl, das ist nicht möglich! Du müßtest Dir hier selbst Dein Brot verdienen; Du arbeitest wie eine Tagelöhnerin, im Verein mit jungen Burschen, ich habe davon gehört, man spricht davon, man tadelt Dich deshalb, man sagt Dir Schlechtes nach, und nun hast Du, Unbesonnene, es noch gewagt, einen jungen Mann in dieses Haus aufzunehmen, bei Dir aufzunehmen!“

„Ich hab's getan, weil er krank ist, weil er zu Grunde gehen möcht', wenn ich nicht für ihn sorgen tät'.“

„Du kannst diese Pflicht nicht haben, Du am wenigsten von allen. Er hat Verwandte, er hat einen reichen Vater —“

„Der dem armen Kranken die Tür gewiesen hat.“

„Dann mag er hier bleiben, wohl, und die Kathrein soll ihn verpflegen, ich will ihr die Mittel dazu geben. Du darfst es nicht tun, Du nicht, ein junges Mädchen kann nicht die Krankenwärterin eines jungen Mannes sein, es ist unpassend, ungehörig, und es würde Deinen Ruf vollends zu Grunde richten. Du mußt fort.“

„Ich bleib'!“ Es sprang wie ein Aufschrei, kurz und bündig über ihre Lippen. Dann aber, wieder unter dem Einflusse ihrer Beklemmung und vielleicht der Scheu, fiel sie in den bangen, bittenden Ton zurück: „Niemand soll mich von Stefan reißen, — mein ganzes Herz hängt an ihm. Man muß mich bei ihm lassen, — gewiß, — kein Mensch würde ihn so pflegen, wie ich, weil ihn gar niemand so lieb hat.“

„Unglückliche, und Du willst Dich also an diesen Menschen noch enger binden, jetzt wo er als Krüppel zurückgekehrt ist, ohne Aussicht, von dem der Vater selbst die Hand zurückzieht? Aber das ist ja ein Wahnsinn? Niemals werde ich Dir das erlauben, niemals werde ich meine Einwilligung dazu geben. Du bist jetzt nicht mehr Dir allein überlassen, Du kannst nicht mehr tun, was Du willst, ich habe Rechte auf Dich, und ich werde sie geltend machen. Ich befehle es Dir: Du gehst mit mir!“

Die Gräfin wollte ihre Hand ergreifen. Nandl sprang zurück. „Nein, niemals, nie, — und wenn Sie es mir hundertmal befehlen!“ Nandl brach jetzt in laute, offene Empörung aus. „Was sind Sie mir? Nichts! Sie wollen Rechte auf mich haben? Welche? Doch nicht die Rechte einer Mutter?“

„Nandl, um Gotteswillen, schweig still!“

(Fortsetzung folgt.)

Die Stadt hat bekanntlich auch noch andere ergiebige, aber „indirekte" Steuerquellen, vor allem die Schlachtsteuer. Sie war im vergangenen Jahre weniger ergiebig, wie vorher, was in der bekannten Fleischnot des Jahres 1905 ihre unerfreuliche Erklärung findet. Wenn sie im neuen Etat trotzdem um 50,000 Mark höher angesetzt ist, wie im Voretat, so ist das vielleicht auf die unseres Erachtens sehr optimistische Hoffnung gegründet, daß diese skandalöse Fleischnot bald ein Ende nehmen werde. Sehr viel weniger optimistisch war der Herr Kämmerer bei der Schätzung des Ertrages der zweiten ergiebigen indirekten Steuer, der auf den Grundstücksumsatz. Obwohl die Umsatzsteuer im Etatsjahr 1904 nicht weniger wie fast eine Million Mark brachte, wird sie für das kommende Jahr wieder nur mit 850,000 Mark angesetzt. Begründet wird das mit der Abhängigkeit dieser Steuer von der Konjunktur und der tatsächlichen Abnahme der Baugesuche für das neue Jahr. Das Bau- und Grundstücksgeschäft wird also auch nach diesen Anzeichen im Jahre 1906 einen nicht unerheblichen Rückgang erfahren.

Soviel von den Breslauer Gemeindesteuern. Und nun noch ein Wort von den Gemeindeschulden. Nach der dem Etat beigefügten Nachweisung der Breslauer städtischen Schulden hat die Kommune am 1. April d. J. an Anleihen, Darlehen, Kaufgelderresten und Hypotheken eine Schuldenlast von 79,440,988 Mark, ferner an Entschädigungskapitalien und Rentenpflichten weitere Schulden in Höhe von 614,216 Mark, was zusammen eine Schuldenlast von etwas über 80 Millionen Mark ausmacht. Pro Kopf der Bevölkerung Breslaus (diese zu 170,000 Personen angenommen) würde das eine Schuldsumme von 170 Mark, auf eine Durchschnittsfamilie von fünf Köpfen also eine Schuld von 5 mal 170 gleich 850 Mark darstellen. Da wird mancher froh sein, daß er für die Bezahlung dieser Schuld glücklicher Weise nicht persönlich haftbar gemacht werden kann. Schließlich wäre das aber noch garnicht mal ein Unglück, wenn dieser Schuldner nämlich dabei auch persönlich Anspruch auf das Vermögen der Stadt erheben könnte. Denn dieses übertrifft doch wesentlich die Schulden der Stadt und beträgt nach einer Aufstellung vom 31. März 1905 an Grundbesitz, Inventar und Kapitalien die Summe von fast 174 Millionen Mark, wobei das Straßenland ebenso wie die Promenaden und öffentlichen Spielplätze im Innern der Stadt nicht in Rechnung gestellt wurden, Inventar dagegen nur, soweit es Anlage- oder Betriebskapital von Betriebsverwaltungen darstellt. In gleicher Weise wie oben berechnet, würde also auf den Kopf ein Vermögen von 360 Mark, auf den „fünfköpfigen Durchschnittsfamilienvater" ein solches von rund 1800 Mark entfallen. Ein garnicht schlechtes „Geschäft".

Deutsch-Russisches und der Postetat.

Der Reichstag verhandelte am Montag zunächst die freisinnig-nationalliberale Interpellation Gothein u. Genossen über die Zollschikanen an der russischen Grenze. Während des Februars, ja schon während des Januars angekommene Waggons mit deutschen Exportgütern sind zu vielen Hunderten in den schlesischen und ostpreußischen Grenzstationen liegen geblieben. Die Schuld trifft ganz ausschließlich die russische Zoll- und Eisenbahnverwaltung. Entgegen den klarsten und elementarsten Grundsätzen der Billigkeit wie des Völkerrechts erhebt Rußland von diesen Exportwaren die z. T. ganz außerordentlich erhöhten Zollsätze des neuen, mit dem 1. März in Kraft getretenen Tarifs. In einer nicht wirkungslosen Rede stellte der Freisinnige Gothein die Sachlage dar und der Nationalliberale Dr. Semmler pflichtete ihm bei. Er verschwieg indes, daß die zollwütige deutsche Eisenindustrie sich selbst die Suppe eingebrockt hat, die sie jetzt die lieben Moskowiter auszulöffeln geben. Graf Posadowsky mußte seufzend zugestehen, daß der Erbfreund gegenüber den Vorstellungen des deutschen Botschafters ein taubes Ohr hatte [illegible] ein Mögliches zu tun. Hoffen wir also das Beste. — Hierauf wandte sich das Haus der [illegible] Beratung des Postetats zu. Abgeordneter Gröber [illegible] überschüttete den Staatssekretär Kraetke mit [illegible] und äußerte einige bescheidene Wünsche. Stephans Nachfolger nahm die Lobsprüche schmunzelnd entgegen, war aber ziemlich [illegible] gegen die Wünsche auf Aufbesserung der Postbeamten. „[illegible] schlaff und leer" war die Grundmelodie seiner Erwiderung. [illegible] Singer wies auf die zahlreichen Mißstände [illegible] Verbesserungen noch immer im Stephansreiche bestehen: lange Arbeitszeit; aufreibender Dienst der Briefträger [illegible] der Telephonfrauen; Beeinträchtigung der staatsbürgerlichen [illegible] der Postbeamten durch offiziell-offiziöse Angriffe auf [illegible]. Die Mißstände, zu denen die Portofreiheit [illegible] führt, wurden von unserem Fraktionsgenossen [illegible] mit gutem Humor dargestellt. Nach einer Rede des [illegible], der besonders die verkehrsfeindlichen Bestrebungen der Steuerkommission aufs Korn nahm, wurde die Weiterberatung auf Dienstag vertagt.

Politische Uebersicht.

Wie kommt es zu Straßenunruhen? Nachdem wir bereits gemeldet, in Berlin am Rosenmontag der patriotische Mob eine förmliche Straßenschlacht geschlagen, ist es in dem heiligen katholischen Köln an den Karnevalstagen ebenfalls zu Straßenschlachten gekommen. Eine große Menge durch Messerstiche und Schußwunden verletzte Personen mußte den Hospitälern zugeführt werden. Rohheiten, Mißhandlungen, Diebstähle wurden in Masse verübt. Vermummte drangen in die verschlossene Wohnung eines Ehepaares ein und brachten den schlafenden Eheleuten schwere Verletzungen bei. Ein halbwüchsiger Bursche entzündete die Lodenperücke eines Maskierten, wodurch dieser schwere Brandwunden am Hinterkopfe und am Rücken davontrug.

Nach hier, wo man ein gut katholisches Fest feierte, wird man ebenso wenig wie bei den Ausschreitungen des patriotischen Mobs in Berlin die Sozialdemokratie mit den Straßenunruhen in Verbindung bringen können. Beide Vorfälle zeigen aber, mit welch' himmelschreiender Ungerechtigkeit die Sozialdemokratie behandelt wird. Sozialdemokratische Straßenkundgebungen werden kurzer Hand angeblich im Interesse der öffentlichen Sicherheit verboten, bürgerliche und patriotische Straßenkundgebungen werden dagegen nicht nur gestattet, sondern sogar gefördert, und doch sind es gerade diese Kundgebungen, die zu den gröbsten und zügellosesten Ausschreitungen führen, während für den ruhigen Verlauf sozialdemokratischer Demonstrationen bei der Disziplin der klassenbewußten Arbeiterschaft geradezu garantiert werden könnte.

Gegen die Errichtung eines Reichskolonialamts hat sich, so berichtet die „Köln. Volksztg." in Bestätigung der Meldung der „Tägl. Rundschau", die Zentrumsfraktion in ihrer letzten Sitzung ausgesprochen. Zugleich aber weist das rheinische Zentrumsblatt die Behauptung der „Tägl. Rundsch." zurück, als wenn der Beschluß der Zentrumsfraktion gegen den Erbprinzen von Hohenlohe persönlich gerichtet sei. Die „Köln. Volkszeitung" erinnert vielmehr daran, daß schon 1904, als der Reichskanzler zum ersten Male im Reichstage die Errichtung eines Reichskolonialamtes anregte, Abg. Spahn sofort namens der Zentrumsfraktion die schwersten Bedenken dagegen geäußert habe, desgleichen Abg. Dr. Fritzen als Etatsredner 1905. „Das war zu einer Zeit, als noch niemand daran dachte, daß Erbprinz Hohenlohe jemals für den Posten eines Staatssekretärs in Frage kommen werde."

Durch den Beschluß der Zentrumsfraktion ist der Plan eines Reichskolonialamts gefallen, da jetzt höchstens die Konservativen und Nationalliberalen dafür stimmen werden.

Die sächsischen Wahlrechtsdemonstrationen, die am Sonntage anläßlich des zehnjährigen Bestehens des Dreiklassenwahlrechts im weiß-grünen Königreiche stattfanden, sind, soweit wir bis jetzt übersehen können, überall ruhig verlaufen. Straßendemonstrationen haben nicht stattgefunden. Die Polizei scheint etwas festere Nerven bekommen zu haben, und so blieb alles ruhig.

Die abgeblitzten Unternehmer. Die nunmehr vorliegende Urteilsbegründung in dem mehrfach erwähnten Schadenersatzprozesse der Firma Werner u. Barbach in Düsseldorf gegen die drei deutschen Arbeiterverbände im Holzgewerbe lautet im wesentlichen wie folgt:

Ein Kontraktbruch der auf Kündigung angestellten Arbeiter liegt nicht vor, indem am 1. Juli die Firma einseitig ohne Genehmigung des Vertragsgegners den vereinbarten Tarif aufhob und durch eine neue Arbeitsordnung ersetzte. Die Arbeiter waren durch dieses Vorgehen berechtigt, die Arbeit ohne Innehaltung der vereinbarten Kündigungsfrist niederzulegen. Was weiter die von der Klägerin angeführten Auswüchse des Streikpostenstehens anlangt, so könnten für diese illoyalen Handlungen die beklagten Verbände nicht verantwortlich sein. Die Statuten der Verbände heben übereinstimmend hervor, daß der Zweck der letzteren nur auf gesetzlichem Wege erreicht werden solle: Dafür, daß auf Veranlassung der Beklagten von dieser statutarischen Bestimmung abgegangen sei, hat die Klägerin einen Beweis nicht angetreten. Die fernere Aufforderung in der Presse: „Zuzug ist mit allen Mitteln fernzuhalten", enthält nichts Ungesetzliches oder Unsittliches. (Das möge sich die Breslauer Justiz merken. — Die Red.) Sie stellt nur einen Appell an die Arbeiter dar, den Streik zu unterstützen und dem Willen des Arbeiters ist es überlassen, ob er dem Appell folgen will oder nicht. Auch die den streikenden Arbeitern seitens der Verbände gewährten Geldunterstützungen vermögen eine Schadenersatzpflicht im Sinne der angezogenen §§ 826 und 831 des Bürgerlichen Gesetzbuches (Verstoß gegen die guten Sitten und unerlaubte Handlungen) nicht zu begründen. Die Absicht des Beklagten war es nicht, Ungesetzlichkeiten zu unterstützen, sie ließen lediglich den streikenden Arbeitern ihre Gelder zukommen, weil sie den Streik als begründet ansahen. Wenn einzelne Arbeiter, die Geld erhielten, sich strafbar machten, so ist damit nicht die Billigung dieser Handlungen gegeben und vor allem auch nicht, daß diese Geldunterstützungen ursächlich zu dem der Klägerin zugefügten Schaden sich verhalten. Die Klage ist demgemäß kostenfällig abzuweisen.

Gegen dieses Urteil ist Berufung beim Oberlandesgericht in Köln eingelegt worden, doch wird sie wahrscheinlich wenig Erfolg haben.

Eine Massenausfuhr von Waren nach dem Auslande hat in der letzten Zeit vor dem Inkrafttreten der neuen Handelsverträge mit ihren höheren Zollsätzen stattgefunden. In welchem Umfange das geschehen ist, geht daraus hervor, daß an den Zollabfertigungsstellen die Arbeit nicht bewältigt werden konnte, so daß große Warenmengen nun schon die höheren Zollsätze tragen müssen. Leicht möglich ist es, daß die russischen Beamten die Abfertigung absichtlich hinausgezogen haben. Die Exporteure schreien über die ihnen zugefügte Schädigung. Von freisinnigen Abgeordneten ist deshalb folgende Interpellation eingebracht worden:

„Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß infolge nicht genügender Vorbereitungen der russischen Zoll- und Eisenbahn-Verwaltungen weit über tausend Eisenbahnwaggons mit deutschen Ausfuhrgütern, die rechtzeitig von der deutschen Grenzstation abgefertigt waren, nicht rechtzeitig zur zollamtlichen Abfertigung an der russischen Grenzstation kommen konnten? Daß infolgedessen durch das Eintreten der erhöhten Zollsätze am 1. März, die nach den Vorschriften der russischen Zollverwaltung auf alle diese verspäteten Sendungen Anwendung finden sollen, den deutschen Exporteuren ein großer Schaden erwächst? Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um die deutsche Geschäftswelt vor diesem erheblichen Schaden zu bewahren?"

Der Reichskanzler der Agrarier wird voraussichtlich gar nichts tun. Die Herren von Handel und Industrie werden noch manchesmal zu verspüren bekommen, was für sie die agrarische Wirtschaftspolitik bedeutet.

Zum Falle Stephany wird aus Lausanne (Schweiz) berichtet: Am Freitag trat das Bundesgericht unter dem Vorsitz seines Präsidenten Monnier zu einer Plenarsitzung zusammen, um über das Begehren der deutschen Regierung, den ehemaligen Polizeikommissar in Straßburg, Stephany, der in Zürich verhaftet worden war, auszuliefern, zu verhandeln. Alle Bundesrichter waren, mit Ausnahme von vier, zu dieser Sitzung erschienen. Der Referent Bundesrichter Reichel gab ein Exposé dieser Angelegenheit und teilte mit, daß durch Vermittelung der deutschen Gesandtschaft in Bern ein zweites Auslieferungsbegehren Deutschlands eingegangen sei, das von dem ersten darin abweicht, daß nicht, wie in dem ersten Auslieferungsschreiben, Stephany des Vertrauensmißbrauches als Beamter, sondern des einfachen Vertrauensmißbrauches beschuldigt wird. Das Bundesgericht beschließt im Sinne des Antrags Reichel, die Angelegenheit zu erneuter Untersuchung und Aktenergänzung zurückzuverweisen und lehnt hierauf einstimmig und endgiltig die Freilassung Stephanys ab.

Zentrum ist eben Trumpf. Dem Divisionspfarrer Bachstein in Osnabrück, der wegen angeblicher Beschimpfung von Einrichtungen der katholischen Kirche bekanntlich unter Anklage gestellt und dreimal freigesprochen worden ist, während das Reichsmilitärgericht nun schon zum zweiten Male das freisprechende Urteil des Oberkriegsgerichts aufgehoben hat, ist nunmehr, nach der „Täglichen Rundschau" von einem Vorgesetzten „nahegelegt" worden, er möge sein Amt niederlegen, da im Falle eines abermaligen Freispruches bei den Machtverhältnissen des Zentrums ungeheure Schwierigkeiten entständen. Bachstein hat sich nach dem genannten Blatte auch zu einem Verzicht auf sein Amt bereit erklärt. — Nun wird der Kriegsminister wohl Ruhe haben.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 6. März.

* **„Breslau am Montag".** Bereits vor etwa zwei und einem halben Jahre war in Breslau — selbstredend um einem tiefgefühlten Bedürfnisse abzuhelfen — ein Montagsblatt ins Leben gerufen worden, das aber bereits nach der achten Nummer sein seliges Ende erreicht hatte. Ein kühner Geldmann, der es offenbar zum Zusetzen hat, will nun von neuem den Versuch wagen, der montägigen Zeitungslosigkeit in Breslau abzuhelfen. Gestern erschien die erste Nummer des neuen Blattes, das sich „Breslau am Montag" nennt, als deren „Chefredakteur" A. Halbert und als dessen Verantwortlicher für den politischen Teil Richard Seitz zeichnen. Für 5 Reichspfennige kann man dieses jüngste Kind der Breslauer Publizistik erstehen. Wir fürchten nur, daß ein allzulanges Leben auch ihm nicht beschieden sein wird. Wenn man mit dem unter dem stolzen Wahlspruch „Für Kultur, Kunst und öffentliches Leben" stehenden Blatte etwa den Versuch gemacht haben will, die Schneidt'sche „Welt am Montag" auf Breslauer Verhältnisse zu übertragen, dann erscheint dieser Versuch schon in der ersten Nummer total mißglückt zu sein; eine recht öde Geistreichelei und eine gezwungene Freiheitlichkeit der Gesinnung spricht aus den Spalten. Und wenn nun noch wenigstens die „Neuesten Telegramme" — schließlich doch das Wichtigste an einem Montagsmorgenblatt — wirklich auch die neuesten wären und sich durch Vollständigkeit auszeichneten. Aber auch da hat's weit gefehlt.

Tagesneuigkeiten vom Sonntag, die die Berliner Montagblätter so prompt bringen, fehlen in dem Breslauer vollständig! Nicht eine Zeile von den vielen Veranstaltungen, z. B. der Arbeiter in den verschiedenen Räumen des Gewerkschaftshauses, nicht eine Zeile von der wichtigen Textil-Konferenz, die Sonntag tagte — nichts, rein gar nichts, war von dem, was für ein Montagblatt einfach unentbehrlich ist. Dafür unter der Devise: „Parteilos" — d. h. nur ja niemandem wehe tun! — ein Quantum „feuilletonistisch" und „humoristisches Allerlei", das bereits acht Tage vorher gedruckt werden kann und Freitag ebenso „aktuell" ist wie am Montag.

Wenn das Blatt, wie sein Vorgänger, nach kurzer Zeit wieder von der Oeffentlichkeit verschwindet, eine Lücke wird es nicht zurücklassen, sicherlich nicht bei den Arbeitern, die da wissen, daß sie durch die „Volkswacht", die bereits in früher Mittagsstunde erscheint, zeitig genug über alles, was auf politischem und lokalem Gebiete und sonst im öffentlichen Leben am Sonntag vor sich geht, zeitig genug unterrichtet werden.

* **Das ist Freisinn!** Die neueste Polizei-Blamage in Berlin, das Entlarven eines Polizei-Spitzels, der ehrliche Leute durch 200 Mk. Spitzelgelder zum Verrat von Partei-„Geheimnissen" veranlassen wollte, findet einzig und allein in der freisinnigen „Breslauer Morgen-Zeitung" einen Beschützer! Zunächst schätzt das freisinnige Blatt in auffälliger Schonung die Polizeispitzel viel zu hoch ein, denn es bringt die (von uns gestern an der Spitze des Blattes veröffentlichte) Aufforderung zur Abholung der Spitzelgelder unter der schamhaften Ueberschrift „Spitzelgelder?" — mit Fragezeichen. Dann aber setzt das freisinnige Blatt an die Stelle, wo der Name des ehrbaren Mitgliedes der Spitzelzunft stand, folgenden Satz:

„(folgt in Fettdruck der Name und Wohnung, deren Richtigkeit wir natürlich nicht prüfen können)"

Der Berliner Polizei-Präsident wird soviel Loyalität hoffentlich nicht unbelohnt lassen. Wir erwarten baldigst die Nachricht, daß das Freisinnsblatt zum amtlichen Publikationsorgan der Berliner Achtgroschenjungen ernannt wird. — Freisinn!

* **Vom Volksheilstättenverein für Schlesien** wird beabsichtigt die Kaiserin-Augusta-Viktoria-Heilstätte in Landeshut zu erweitern, und zwar soll sich die Hauptversammlung des Vereins am 30. März mit der Frage beschäftigen. Die Anstalt war ursprünglich für 70 Pfleglinge bestimmt und wurde bald auf 78, dann auf 85 Betten erweitert. Damit aber war eine Erweiterung innerhalb der vorhandenen Baulichkeiten abgeschlossen. Da nun, selbst im Winter, nicht nur die vorhandenen 85 Betten stets voll besetzt sind, sondern auch eine reichlich gefüllte Anwärterinnenliste geführt werden muß, so wird der Hauptversammlung des Volksheilstättenvereins vom Vorstande ein Antrag betreffend eine Vergrößerung der Landeshuter Anstalt durch einen Neubau für 60 bis 70 Betten unterbreitet. Die erforderlichen Mittel werden eventuell durch eine Anleihe beschafft werden müssen.

* **Hoffnungsvolle Rechtsbeflissene.** Bürgerliche Blätter melden: Ein klägliches Ergebnis zeitigte die dieser Tage unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Geheimen Oberjustizrat Dr. Knauff in Breslau stattgehabte Referendariatsprüfungen. Vier Kandidaten unterzogen sich dieser Prüfung, bestanden sie aber nicht. Zwei der Kandidaten haben die Prüfung nach zehn Monaten, zwei nach Ablauf eines Jahres zu wiederholen.

* **Boykott überall!** Berliner Blätter melden: „Eine Versammlung Berliner polnischer Katholiken hat beschlossen, die Liebfrauenkirche in der Wrangelstraße zu boykottieren, weil die katholische Geistlichkeit die polnischen Ansprüche zurückgewiesen hat." Und uns Sozialdemokraten wirft man vor, mit dem Boykott eine ungesetz'

sche Handlung zu begehen! Genau so berechtigt wie das Vorgehen dieser Katholiken ist das Vorgehen der Breslauer Arbeiter gegen die arbeiterfeindlichen Saalbesitzer!

Leergebrannt sind die Stätten . . .

(Die Tanz-Säle am Sonntag.)

Nunmehr beginnt der Boykott in ein neues Stadium zu treten. Bei Pfingst, Uferstraße, haben die Musiker ihre Tätigkeit eingestellt. Sie hatten es gründlich satt, für 60 bis 70 Pfennige Einnahme den ganzen Sonntag ins Leere hinein zu blasen. So lag denn am Sonntag bereits das Lokal völlig verödet, nicht einmal die alten Stammgäste oder die schon früher herangetrommelten Verwandten des Herrn Pfingst hätten es vermocht, „Leben in die Bude" zu bringen. Wo früher der Wirt seine Taler erntete, liegt nun die Schädelstätte seines Geldbutterals. Doch Herr Pfingst wird nicht der einzige sein, dem es so ergeht. Niemand kann seine Wohltäter und Ernährer dauernd ungestraft verhöhnen. Die Arbeiterschaft wird ihren Kampf fortsetzen, bis jedes einzelne der boykottierten Lokale so öde und stumm daliegt wie dasjenige des Herrn Pfingst. Mögen die Herren Wirte einmal nackt und bloß ihr Ränzchen schnüren, wenn sie die Stimme der Vernunft nicht hören wollen. Wir haben eine andere Arbeiterschaft in Breslau als vor Jahren, und wenn die „Ehrenmitglieder" des Saalbesitzervereins mit Ben Akiba sagen: „Alles schon dagewesen", es geht wieder spurlos vorüber, so führen sie mit solcher Weisheit ihre jüngeren Kollegen eben ins Verderben. Bei Pfingst gilt es nun darauf zu achten, daß die Grabesruhe bewahrt und nicht durch Unberufene entheiligt wird.

Bei Wanzek in der Gräbschenerstraße hielt am Sonnabend der B. R.-V. „Graf Moltke" seinen Maskenball ab. Die Besucher brauchten sich um die Plätze nicht zu reißen. War früher der Saal bei solcher Gelegenheit manchmal schon um 7 Uhr ziemlich besetzt, so waren diesmal um 9 Uhr erst 15 Herren und 25 Damen anwesend. Die Besucherzahl stieg schließlich auf ganze 160 Personen, wovon 60 Herren und 100 Damen waren.

Am Sonntag waren um 1/2 8 Uhr 13 Herren und 22 Damen anwesend. Um 10 Uhr hatte die Besucherzahl mit 75 Personen ihren höchsten Stand erreicht. Um diese Zeit tanzten auch in einem einzigen Falle einmal 12 Paare, während sonst zwischen langen Pausen wieder mal 1 bis 4 Paare das Tanzbein schwangen. Für die Musiker wäre es auch hier das Beste, sich lohnendere Beschäftigung zu suchen.

Bei Wollin in Pöpelwitz ging es am Sonntage „gar hoch her." Gegen 8 1/2 Uhr kamen Fleischermeister in ca. 20 Equipagen angefahren. Unter Trompetenstößen und großem Radau hielten sie ihren Einzug. Während es aber sonst vor dem Lokale von Geheimpolizisten und Schutzleuten strotzt und harmlose Frauen oft genug angefahren werden, sofern die Hüter der „Ordnung" nur annehmen, diese hätten mit dem Boykott etwas zu tun, war jetzt keine Helmspitze zu sehen, die gegen den Unfug der Fleischer eingeschritten wäre. Im Lokale anwesend waren um sechs Uhr 50 Personen, um sieben Uhr 60, um acht Uhr 90, von 9 bis 9 1/2 mit den Fleischern 200 Personen, dann wieder nur 90 und um 10 1/2 noch 80 und um 11 1/2 noch 50 Personen. Es haben bei Anwesenheit der Fleischer bestenfalls einmal 10 Paare getanzt.

Bei Knappe war das Bild das gleiche wie vor acht Tagen. Um 1/2 9 Uhr wurde die höchste Besucherzahl mit 145 Personen festgestellt. Es tanzten in einem Falle zehn Paare, sonst immer nur deren ein bis fünf.

Im „Kronprinzen" waren um acht Uhr Abends etwa 80 Personen anwesend. Es tanzten höchstens einmal vier bis sechs Paare. Als alle Bemühungen, die Tanzlust zu heben, fruchtlos blieben, gingen die Musiker zwar noch nicht ganz zu Hause, aber sie machten vorläufig eine Pause von einer halben Stunde, worauf die fröhlichen Weisen aufs neue erklangen. Die Besucherzahl vermehrte sich nach zehn Uhr dadurch, daß Herr Franz mit seinen Stammgästen nach dem Saale übersiedelte und, nachdem um elf Uhr unsere Kontrolle eingestellt war, fanden sich noch etwa zehn tanzlustige Personen ein.

In den übrigen Lokalen war das Bild das gleiche, als in unserer letzten Schilderung. Fast überflüssig hervorzuheben ist, daß die Polizei wieder „ihre Schuldigkeit" getan hat. Es ist selbstverständlich, daß diese Schuldigkeit sogar im vollsten Maße geleistet worden ist. Vor allen Lokalen waren starke Schutzmannsposten aufgestellt, und doch, als am Sonntage dicht vor dem „Ballhof" eine große Schlägerei stattfand, die von Leuten, die von der Kleinbahn kamen, verursacht worden war, so war wie bei Wollin keine Helmspitze zu sehen! Ueber eine Viertelstunde war vergeblich nach einem Schutzmann gerufen, aber es wurde keiner in der Nähe, weil alle, die vor dem „Ballhof" postiert gewesen, gerade hinter Flugblattverteilern herrennen mußten.

Nur so weiter!

* **Was die Saalbesitzer sorgsam verschweigen.** Die Breslauer Saalbesitzer hielten kürzlich eine Versammlung ab, über deren Beschlüsse sie der bürgerlichen Presse einen Bericht zugehen lassen. Verschwiegen ist in diesem Berichte, der sogar kleinste Kleinigkeiten gewissenhaft registriert, daß man sich lebhaft mit dem Saalboykott durch die Breslauer Arbeiterschaft beschäftigt und denjenigen Saalbesitzern, die durch den Boykott arg in die Klemme geraten sind, übermäßig viel Trost zugesprochen hat. Wir wollen das Registriren deshalb hiermit nachgeholt haben.

* **Terroristenprozeß.** Wegen Nötigung hatte sich gestern der Maurer Reinhold Scholz vor der dritten Strafkammer als Berufungsinstanz zu verantworten. Am 19. Juni vorigen Jahres hatten die Maurer auf dem Bau des Unternehmers Uber auf der Bärenstraße die Arbeit eingestellt, weil drei Mitglieder des sogenannten „christlichen" Verbandes dort mit beschäftigt wurden, der sich bekanntlich ausnahmslos aus Arbeitswilligen zusammensetzt. Uber hatte zuerst versucht andere Maurer zu bekommen, was ihm aber nicht möglich war. Er einigte sich deshalb zwei Tage später mit seinen bisherigen Maurern, indem er die „Christlichen" entließ. Bei Wiederaufnahme der Arbeit wurden nun die Maurer gewahr, daß der bis dahin unorganisierte Friedrich Schwan neben den Christlichen während des Streiks stehen geblieben war. Einer von ihnen soll nun empört hierüber dem Schwan das Stemmeisen aus der Hand gerissen und gesagt haben: „Weißt Du nicht wenn Streik ist? Scher Dich runter vom Bau." Er hatte dann das Stemmeisen wieder aufgehoben und dem Schwan damit gedroht. Dieser teilte hierauf Uber den Vorfall mit und wurde von diesem vom dem Bau weggenommen, um zu verhindern, daß die andern etwa die Arbeit aufs neue einstellten. Es war hierauf gegen einen anderen Maurer Anklage wegen Nötigung und Vergehen gegen § 153 erhoben worden. Schwan wußte überhaupt nicht, von wem er „terrorisiert" worden war. Der damals Angeklagte wurde freigesprochen und gegen Scholz, der als Zeuge aufgetreten war, Anklage erhoben, nachdem dieser sich selbst der Tat beschuldigt hatte, indem er annahm, er habe damit den Schwan nicht das Geringste zu Leide getan! Der Staatsanwalt beantragte gegen den völlig unbescholtenen Angeklagten drei Monate Gefängnis wegen Nötigung. Die Beweisaufnahme hatte zwar ergeben, daß sich der § 153 nicht anwenden ließ, aber die Arbeitswilligen lassen sich auch durch andere Paragraphen noch sehr gut schützen. So erkannte das Gericht wegen Nötigung auch wirklich auf einen Monat Gefängnis. Gegen dieses Urteil legte sowohl der Staatsanwalt als auch der Angeklagte Berufung ein. Beide Berufungen wurden verworfen, sodaß es also bei dem einen Monat Gefängnis bleibt. Die „Rechtslage" wäre somit für die Breslauer Gewerkschaftsmitglieder dahin „geklärt", daß sie Streikbrecher unbedingt als liebe Kollegen neben sich zu dulden haben . . . . . .

* **Die Sattler** hielten Sonnabend im grünen Bergel eine von über 60 Personen besuchte Versammlung ab. Nach einem Vortrage des Genossen Albert wurde der Vorstand beauftragt, sich mit dem noch existierenden „Sattler-Verein" (Vertreter Herr Rößel) in Verbindung zu setzen, um auf diese Weise zu erfahren, wie sich dieser Verein gegenüber den Bestrebungen der organisierten Sattler verhält und wie man sich zu eventuellen Lohnbewegungen zu verhalten gedenkt.

* **Tüchtige Kassierer können ihr Geld los werden.** Gegen den Inhaber eines Zahnateliers, Hoffmann, klagten zwei Kassierer vor dem Gewerbegericht auf 50, bezw. 54 Mark verdientes Geld. Dabei stellten sich folgende netten Tatsachen heraus. Mit dem einen der Kläger hatte sich Hoffmann bezüglich der Klagesumme bereits außergerichtlich geeinigt, doch schuldet ihm die „Firma" außerdem noch 200 Mark, die er als Kaution gezahlt hatte. Doch Pardon, daß wir nicht lügen, die „Firma" läßt sich von ihren Angestellten grundsätzlich keine „Kaution", sondern „Geschäftseinlagen" zahlen, die „mit verbraucht" werden können, ohne unterschlagen zu werden. Bezüglich dieser 200 Mark gibt Hoffmann an, die Rückzahlung sei erst in neun Monaten fällig und würde der Kläger dann das Geld auch erhalten. Der zweite Kläger hat eine „Geschäftseinlage" von 450 Mark gestellt. Er verzichtet im Vergleichswege auf die 54 Mark Lohn oder Gehalt oder Provision, (es läßt sich schwer sagen, wie bei dieser Firma die Entschädigung für geleistete Arbeit lautet), unter der Bedingung, daß ihm die 450 Mark bald herausgezahlt werden. Hoffmann ging auf den Vergleich ein, erklärte aber auf Befragen des Vorsitzenden, daß er zur Zeit nicht imstande sei, das Geld auszuzahlen. Der Kläger sprach während der Verhandlung seine Furcht darüber aus, daß er wohl überhaupt nichts erhalten würde. Es seien dem Hoffmann bereits seine zwei Pudel gepfändet worden, sie sollten verkauft werden, sonderbarer Weise habe er sie jetzt wieder bei sich. Ferner wurde erzählt, daß noch zwei weitere Kassierer angenommen worden sind, die je 500 Mark „Geschäftseinlage" gezahlt haben. Hoffmann suchte allen Fragen, die während der Verhandlung vom Vorsitzenden zur Sache gestellt wurden, so weit als möglich auszuweichen, er könne doch „seine geschäftlichen und privaten Verhältnisse" nicht offenbaren. Bemerkt sei noch, daß der Betreffende selbst nicht Zahnarzt ist, doch hat ein Arzt (!) das Vergnügen, als Assistent dort zu arbeiten!

Mitteilungen aus den Gewerkschaften.

* **Der Fabrikarbeiterverband** hält am Mittwoch Abend 8 Uhr eine wichtige Mitglieder-Versammlung im Lokal von Kordizke, Leutenstraße 12/14, ab. Das Erscheinen aller Mitglieder des Nikolaitors ist dringend notwendig.

Die Ortsverwaltung.

Aus Schlesien und Posen.

Friedland, Kreis Waldenburg, 5. März. Das verlorene Paradies von Ludwig Fulda nicht genehmigt. Auf Dienstag, den 6. März war von der organisierten Arbeiterschaft eine Rezitation dieses Schauspiels durch den Rezitator Emil Walkotte-Berlin geplant. Doch mit des Geschickes Mächten ist kein ewiger Bund zu flechten. Der Herr Bürgermeister hat der Arbeiterschaft einen Strich durch die Rechnung gemacht, indem er die Genehmigung zur Rezitation dieses Schauspiels verweigerte, nachdem er in ein ihm vorgelegtes Exemplar des Werkes Einsicht genommen hatte. An dem Werk an und für sich habe er nichts auszusetzen, meinte er, es würde ihn sogar sehr interessieren, wenn er es von guten Kräften auf der Bühne aufgeführt sehen könnte, aber — es komme immer darauf an, vor welchem Publikum das Stück aufgeführt wird. Vor Arbeitern rezitiert, muß, nach Ansicht des Herrn Bürgermeisters, das Werk eine „aufreizende Wirkung" ausüben. Aus diesem Grund verweigerte er die Genehmigung. Er stellte es dem die Genehmigung nachsuchenden Genossen aber frei, sich diese vom Landrat zu holen; er jedenfalls könne die möglicher Weise nicht zu vermeidende Gefahr einer Aufreizung durch diese Rezitation nicht auf seine Kappe nehmen. Auch wenn die „Weber" von Gerhart Hauptmann eventuell einmal rezitiert werden sollten, könnte er eine Genehmigung nicht erteilen. Auch auf den Einwand, daß dieses Schauspiel doch an den verschiedensten Orten Deutschlands, unter anderem auch in Orten der Umgebung, in Landeshut, Altwasser, Freiburg usw. rezitiert worden ist, hatte er nur ein Achselzucken.

Die Arbeiter hätten schließlich den Rat des Herrn Bürgermeisters, sich an den Landrat zu wenden, befolgt, wenn die Zeit bis Dienstag nur nicht so kurz gewesen wäre. So bleibt die Verweigerung der Genehmigung ein typisches Beispiel dafür, welche Auffassung in bürgerlichen Kreisen darüber besteht, für wen unsere Künstler und Dichter ihre Werke schaffen. Die breiten Volksmassen sind die Paria, die wohl vom frühen Morgen bis zur späten Nacht für die besitzende Klasse fronden darf, die aber nicht teilnehmen dürfe an dem, was die Wissenschaft und Kunst bietet. Das dümmste Volk, das sonst nichts kennt als Arbeiten und Schlafen, ist das beste, denn es ist am bequemsten unter der Fuchtel zu halten. Unsere Auffassung von diesem Vorgange ist aber die: Zehn Rezitationen des Fuldaschen Schauspiels können nicht eine solche aufreizende Wirkung ausüben, als diese eine Nichtgenehmigung.

Friedland, Kreis Waldenburg, 5. März. Eine Lohnerhöhung und den Zehnstundentag bringt für die hiesigen Textilarbeiter ein Anschlag, der am 1. März in den verschiedenen Betrieben ausgehangen wurde. Es heißt darin: „Vom 1. April d. Js. ab wird die Arbeitszeit für Weberei und Spulerei auf 10 Stunden täglich festgesetzt, und zwar von Morgens 7 Uhr bis Mittags 11 1/2 Uhr, von Nachmittags 1 Uhr bis Abends 6 1/2 Uhr. Gleichzeitig findet vom 1. April ab eine entsprechende Erhöhung sämtlicher Webe- und Spullöhne statt." Bei der Firma Julius Bendix Söhne ist noch besonders auf einem Zettel bemerkt, daß auch das Prämiensystem abgeschafft wird. Die Prämie soll prozentual dem Lohn zugeschlagen und außerdem der Lohn um zehn Prozent und darüber hinaus erhöht werden. Was die Fabrikanten gewähren, deckt sich ungefähr mit dem, was in den vom Textilarbeiterverband abgehaltenen Versammlungen gefordert wurde. Mit der Einteilung der Arbeitszeit, wie sie in dem Anschlag vorgesehen, kann sich aber die Mehrzahl der Arbeiter nicht ganz einverstanden erklären. Ebenso sind die Appreturarbeiter nicht zufrieden, daß sie eine längere Arbeitszeit haben sollen. Wie die Lohnerhöhung in Bezug auf die einzelnen Artikel beschaffen sein wird, muß ja die nächste Zeit erweisen. Im großen und ganzen bedeutet aber dieser Fortschritt einen schönen Erfolg, den der Verband durch sein Wirken und seine Agitation errungen hat. Wenn wir auch eine ganz ansehnliche Mitgliederzahl am Orte haben, darf trotzdem nicht geruht und gerastet werden, jeder einzelne muß desto eifriger und tatkräftiger für die Stärkung des Verbandes arbeiten.

Dieser Erfolg zeigt deutlich, daß es nicht umsonst ist, wenn die Arbeiter sich zusammenschließen und über ihre wirtschaftliche Lage diskutieren. Der Beitrag, den die Arbeiter für ihre Organisation opfern, er trägt reichliche Früchte. Anerkannt soll auch werden, daß die hiesigen Fabrikanten sich nicht, wie an verschiedenen anderen Orten, auf einen alles ablehnenden Protzenstandpunkt stellen, sondern den Arbeitern entgegenzukommen suchen, indem sie durch diesen Anschlag anerkennen, daß die Lage der Arbeiter besserungsbedürftig ist.

Liegnitz, 6. März. Opfer des Krieges im Frieden. Ein neuer Schießunfall ereignete sich am Sonnabend Vormittag auf dem neuen Exerzierplatz bei Bassendorf, wo Gefechtsdienstübungen abgehalten wurden. Nach Schluß derselben, als man sich anschickte, den Rückmarsch anzutreten, wollte der Grenadier Tietze aus Liegnitz von der 2. Kompagnie sein Gewehr, in welchem noch eine Platzpatrone steckte, entladen. Dabei muß er mit dem Finger dem Abzug zu nahe gekommen sein, denn das Gewehr entlud sich und der Schuß traf den vorher marschierenden Rekruten Tüllmann von derselben Kompagnie in den Hinterkopf hinter dem linken Ohr und drang unter dem Helmschirm ein. Der Verletzte wurde alsbald nach dem Militärlazarett überführt, wo er schwerkrank darniederliegt und zunächst das Gehör verloren hat. Platzpatronen können bekanntlich auf kurze Entfernungen bis zu 10 Meter auch tödliche Wirkungen hervorbringen. Der unvorsichtige Schuldige erhielt zunächst wegen vorschriftswidriger Handhabung des Gewehres drei Tage Mittelarrest zudiktiert.

Neisse, 5. März. Von den Christlichen. Zu solch niedriger Handlungsweise, wie Saalabtreibereien und Denunziationen gehen sich christliche Arbeiter nie her, schrieb jüngst die „Neisser Ztg."; Terrorismus üben nur Sozialdemokraten. Nun, wir sind gewohnt, daß unsere schwarze Freundin den Mund gern voll nimmt, und wir beurteilen die Christlichen nicht nach ihren Worten, sondern nach ihren Taten. Aber freilich, wenn diese Ueber-Christen selbst mit Dreschflegeln gegen einen Sozialdemokraten loszögen, so wäre das eben eine christliche Ueberzeugungstat, und alles andere, nur kein Terrorismus. Christliche Ueberzeugung war es auch, die kürzlich so einen Pfaffenzögling veranlaßte, einen Geschäftsmann, der für das Arbeiterkasino Waren liefert, aufzusuchen und ihm Vorhaltungen machte, daß er den Roten Lebensmittel verkaufe, und schimpfte den Kaufmann, der die schlimmen Sozi nicht mit Hunger und Durst bekämpfen will, selbst einen roten Hund. Für diesmal kam der edle Römling noch verhältnismäßig glimpflich davon, er erhielt einen Tritt an den Teil des Körpers, der ihm sonst zum Sitzen dient, und wurde kurzer Hand an die Luft befördert.

Neueste Nachrichten.

Eine Wahlrechtsvorlage in Detmold.

In der gestrigen Sitzung des Lippischen Landtages hat Staatsminister Gevekot die demnächstige Einbringung einer Wahlrechtsvorlage angekündigt.

Die österreichische Wahlreform.

Am Montag nahmen die Fraktionen zur Wahlreformvorlage der Regierung Stellung. Die deutsche Volkspartei bezeichnete die in dem Wahlreformentwurf vorgesehene Wahlkreiseinteilung für unannehmbar und wird in der Ausschuß-Beratung auf Beseitigung der Mängel dringen. Der Polenklub nahm in einer bis weit nach Mitternacht währenden Sitzung eine Resolution an, die besagt, der Klub erkenne die Notwendigkeit der Wahlreform im Sinne des allgemeinen, direkten, geheimen Wahlrechts an; der Regierungsentwurf sei jedoch unannehmbar, weil die für Galizien vorgesehne Zahl der Mandate zu gering sei und die Vorlage die Autonomie der einzelnen Länder nicht erweitere.

Immer neue Bomben.

Am Montag wurde in Odessa auf dem Alexander-Prospekt in einen Laden, in welchen sich die Polizei unlängst auf die Loner gelegt hatte, um zwei Anarchisten zu verhaften, eine Bombe geschleudert. Das Geschoß richtete große Verwüstungen an und verletzte den Besitzer des Ladens und einen Kommis schwer. Die Täter entkamen. — Ferner drangen Anarchisten in eine Bäckerei ein, bemächtigten sich der Kasse mit 150 Rubeln und entflohen damit. Als sie verfolgt wurden, schleuderte ein junges Mädchen, das sie begleitete, eine Bombe, durch die ein Vorübergehender tödlich verletzt wurde. Auch hier gelang es den Tätern, zu entkommen.

Wirbelsturmkatastrophe auf Madagaskar und den Gesellschaftsinseln. Nach einer Depesche, die das französische Kolonialministerium vom Freitag aus Tanarivo erhielt, ist die ganze Ostküste von Madagaskar von einem Wirbelsturm heimgesucht und die Stadt Mahanoro vollständig zerstört worden. Ueber dreißig Eingeborene und zwei Europäer wurden getötet, fast alle Europäer verletzt; auch der an den Pflanzungen angerichtete Schaden ist sehr bedeutend.

Von einem heftigen Wirbelsturm, der bereits am 7. und 8. Februar die Gesellschaftsinseln heimgesucht und schweren Schaden angerichtet hat, bringt erst jetzt der Dampfer „Mariposa" nach einer Meldung des „Reuterschen Bureaus" aus San Francisco nähere Mitteilungen. Die Küstenstadt Papeete auf Tahiti wurde überschwemmt; 75 Häuser sind zerstört, darunter das amerikanische Konsulat und die französischen Regierungsgebäude. Man fürchtet, daß viele Menschen umgekommen sind. Auch andere Inseln und die Schiffahrt haben schwer gelitten. Wie die Offiziere des Dampfers noch berichten, gingen dem Wirbelsturm schwere Seen voraus, welche ganze Dörfer wegschwemmten; die Schiffe, die im Hafen von Papeete auf Tahiti lagen, vermochten sich zu retten. Der französische Gouverneur und der englische Konsul wandten sich an ihre Regierungen um Unterstützung für Hunderte obdachlos gewordener Personen. Einem San Francisco er Blatt wird gemeldet, es seien mehrere Inseln verschwunden und an zehntausend Personen umgekommen; diese Meldung ist jedoch unbestätigt.

Festsetzungen der städtischen Markt-Notierungs-Kommission Breslau, 5. März.

Pro 100 Kilogramm

	gute höchst	gute niedr.	mittlere höchst	mittlere niedr.	geringere Sort. höchst	geringere Sort. niedr.
Weizen, weißer	17.30	16.50	16.30	15.90	15.80	15.40
Weizen, gelber	17.20	16.40	16.30	15.90	15.80	15.40
Roggen	15.60	15.00	14.90	14.70	14.60	14.40
Braugerste	16.00	15.60	15.50	15.00	—.—	—.—
Gerste	14.50	14.10	14.00	13.60	13.50	13.00
Hafer	15.30	14.80	14.70	14.30	14.20	13.80
Viktoria-Erbsen	19.50	18.50	17.50	16.50	15.50	14.50
Erbsen	18.00	17.50	16.30	15.80	14.50	14.00

Heu pro 50 Kilogramm 2.10—2.40 Mk.
Stroh, pro Schock 24.00—26.00 Mk.
Winterraps 23.80—21.80—19.80 Mk.

Breslauer Mehlmarkt. Mehl ruhig, per 100 Kilogr. inkl. Sack brutto, Weizenmehl 00 ruhig, 23.50—24.00 Mk. Roggenmehl 00 ruhig, 22.50—23.00 Mk. Roggen-Hausbacken ruhig, 22.25—22.75 Mk. Roggen-Futtermehl ruhig, 10.75 bis 11.00 Mk. Weizenkleie ruhig, 10.50—10.75 Mk.

Versammlungen und Vereine.

Breslau.

Im Partei-Sekretariat,

Neue Graupenstraße 5/6, III., werden jederzeit Neuaufnahmen von Mitgliedern entgegengenommen und sind Aufnahmescheine sowie Bestellzettel auf die „Volkswacht" zu haben.

Arbeiter-Sekretariat Breslau.

Messergasse 18/19.
Sprechstd. v. 11—1 u. 5½—7½ Uhr (außer Sonnabend Nachmittag.

Gewerkschaftshaus.

Dienstag, den 6. März:

Fassadenputzer. Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Zimmer Nr. 1.

Korkschneider (Holzarbeiter-Verband): Mitglieder-Versammlung im Zimmer Nr. 1.

Schirmmacher. Wichtige Versammlung. Vortrag des Genossen Albert.

Mittwoch, den 7. März:

Metallarbeiter-Verband. Abends 8 Uhr: Quartalsversammlung.

Schmiede-Verband. Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung. Vortrag des Gauleiter Peter-Leipzig. Delegiertenwahl zur General-Versammlung im Zimmer Nr. 2.

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Breslau". Jeden Mittwoch: Vereinsabend.

Donnerstag, den 8. März:

Maler, Lackierer und Anstreicher. Abends 8 Uhr: Außerordentliche Mitglieder-Versammlung im großen Saale.

Arbeiter-Abstinenten-Bund (Breslau). Abends 8 Uhr: Versammlung. Thema: Alkohol und Kind. Referent: Genosse Dr. Landsberg. Genossen, sowie Frauen sind hierzu eingeladen. Zimmer Nr. 3.

Freitag, den 9. März:

Delegierten-Versammlung (Holzarbeiter-Verband): Mitglieder-Versammlung im Zimmer 2.

Sonntag, den 11. März:

Holzarbeiter-Versammlung. Vormittags 10½ Uhr: Mitglieder-Versammlung im großen Saal.

Porzellanarbeiter. Vormittags 10 Uhr: Mitglieder-Versammlung. Erscheinen aller, besonders der Schildermaler bringend erforderlich. Zimmer Nr. 2.

Montag, den 12. März:

Schuhmacher. Abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung im Zimmer Nr. 2.

Mitteilungen der Distrikts- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins:

Distrikt 2 (Sauerbrunn).

Dienstag, den 6. d. M., Abends 8 Uhr: Zusammenkunft und Zahlabend.

Distrikt 8 (Gräbschener Vorstadt).

Bezirke 3, 4, 5. Dienstag, den 6. März, Abends 8½ Uhr, Zusammenkunft und Zahlabend.

Distrikt 13 (Scheitnig).

Dienstag, den 6. März, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft und Zahlabend. Abrechnung der Programme und „Volkswacht"-Abonnenten im Lokal von Scholz' Erben, Kl. Scheitnigerstr. 56.

Land-Distrikt 2.

Bezirk Deutsch-Lissa und Umgegend. Jeden zweiten Sonnabend im Monat: Zahlabend im bekannten Lokale.

Land-Distrikt 4.

Mittwoch, den 7. März, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Bezirksführer von Kleinburg, Krietern, Hartlieb, Klettendorf und Gräbschen im Distriktslokal Gräbschen.

Land-Distrikt 7.

Jeden Mittwoch nach dem 1. und 15. eines jeden Monats Zusammenkunft bei Pohl in Rotkretscham.

Striegau. Wahlverein. Sonntag, den 11. März, Nachmittags 3 Uhr: Versammlung. Vortrag: „Die Stellung der Partei zur Genossenschaftsbewegung". Maifeier.

Tillendorf. Wahlverein Bunzlau-Lüben (Filiale Tillendorf). Jeden Donnerstag nach dem 1. im Monat: Versammlung im Gasthof zur „Stadt Bunzlau". Zahlreiches Erscheinen erwünscht. Der Vorstand.

Kattowitz. Kartellsitzung. Donnerstag, den 8. März, Abends 8 Uhr im Gewerkschaftslokal, Rathausstraße 12.

Verantwortlich für die Rubriken: „Breslauer Nachrichten", „Aus Schlesien und Posen", das Feuilleton und die Inserate: Robert Albert; — für alles Uebrige: Franz Klühs. — Redaktion und Expedition: Neue Graupenstraße 5/6. — Verlag von Oskar Schütz; — Druck von Th. Schatzky G. m. b. H. — sämtlich in Breslau. — Ausgabeort: Breslau. Hierzu 1 Beilage.

Am 4. ds. Mts. verschied nach kurzem Krankenlager unser Freund und Mitarbeiter, der Schlosser

Hermann Nelke

im Alter von 40 Jahren. 746

Es wird sein Andenken in Ehren halten

Das gesamte Arbeiterpersonal der Eisengiesserei Moritz Pringsheim.

Beerdigung: Mittwoch, mittags 1½ Uhr, von Grüneiche No. 4.

Am 4. d. M. verschied nach langem, schwerem Leiden unser Kollege und Mitarbeiter

Herr Max Mohaupt

im Alter von 30 Jahren. 747

Gewidmet von seinen Mitarbeitern.

Beerdigung: Mittwoch, nachm. 2 Uhr, vom Trauerhause Gabitzstr. 8 nach dem St. Salvator-Friedhof.

Nach langem schweren Leiden verschied Sonntag, früh 3 Uhr, unser braves Mitglied, der Restaurateur Herr

Joseph Rother

im Alter von 40 Jahren. 742

Seine Kameradschaft und ehrenwerter Charakter sichern ihm bei uns ein bleibendes Andenken.

Lotterie-Verein Blauflügel.

Beerdigung: Mittwoch, den 7. März, nachm. 3¾ Uhr, v. d. Leichenh. d. Bernhardin-Friedh. in Rothkretscham.

Zentralverein der Hutarbeiter und Arbeiterinnen (Filiale Breslau).

Am 4. d. Mts. verschieden nach langen, schweren [illegible] unsere langjährigen Mitglieder, Kollege

Max Mohaupt

im Alter von 30 Jahren an Kehlkopfschwindsucht und der jetzige Restaurateur

Joseph Rother

an Herzbeutelwassersucht.

Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.

74[illegible] I. A.: **Der Vorstand.**

Ortskrankenkasse der Hutmacher zu Breslau.

Mittwoch, den 14. März 1906, abends 7½ Uhr, im „Gewerkschaftshause", Zimmer 2, 1 Treppe:

Ordentliche General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Abnahme der Jahresabrechnung für 1905. Entlastung des Vorstandes und Rendanten.
2. Beschlußfassung über den eventuellen Beitritt zu der in Aussicht stehenden Zusammenlegung sämtlicher hiesiger Ortskrankenkassen zu einer gemeinsamen Kasse.
3. Verschiedenes.

Um pünktliches und vollzähliges Erscheinen ersucht

741 **Der Vorstand.**

Arbeiter-Abstinenten-Bund (Breslau).

Donnerstag, den 8. März 1906, abends 8 Uhr:

Versammlung

im „Gewerkschaftshause", Zimmer 3. 770
Thema: „Alkohol und Kind." — Diskussion.
Referent: Genosse **Dr. Landsberg.**

Jedermann, besonders Frauen sind zu dieser Versammlung eingeladen.

Eltern und Vormünder,

welche ihre Söhne oder Pflegebefohlenen dem Buchdruckerberuf zuführen wollen, machen wir darauf aufmerksam, daß nach dem zwischen Prinzipalen und Gehilfen vereinbarten Tarifvertrage in tariftreuen Druckereien nur solche Gehilfen beschäftigt werden dürfen, welche **nachweislich in einer tariftreuen Druckerei gelernt haben.** 745

Tarifausschuß der Deutschen Buchdrucker (Kreis IX).
C. Rordorff, Gehilfen-Vertreter.

Nähere Auskunft erteilt C. Rordorff, Klosterstr. 32/24, r. Sth. II.

Wohnungen

zu 25 und 36 Mark zu vermieten **Rhedigerstr. 14.** [347

Damen-Masken zu verleihen bei E. Simon, Matthiasstr. 35, 2. Etage, Vorderhaus. [468

Zur Anfertig. v. Konfirmand.-, Trauer- u. Brautkleidern, Blusen und Röcken empfiehlt sich **Elise Simon,** Matthiasstr. 35, II Vh. [469

Altwasser.

Empfehle meinen 744

Privat-Mittagstisch

zu bekannt soliden Preisen.

Louis Ullrich

II. Bezirk Nr. 9, 1 Treppe.

Die **Kolportage** der „Volkswacht" von

Leipe und Petersdorf

bei Breslau

hat Genosse

Prosauke

in **Petersdorf** übernommen.

Gardinen-Versand-Haus

empfiehlt in grösster Auswahl nur **Neuheiten** zu **billigsten Preisen** 5[illegible]

Gardinen, Stores, Vorhänge etc.

Valentin Wallner, Gräbschenerstr. 2 Ecke Sonnenplatz.

Pfandleihe Münzstr. 2. C. Freundt. 83
Auswärts briefl.

Noch nie dagewesen!

Zum Beginn der Saison:

1 Posten **Fahrräder**

m. Glockenlager, 1 Jahr Garantie, nur erstklassige Fabrikate,

Mark 55,00.

Mäntel von Mark 2.50 an, **Schläuche** von Mark 2.00 an. Sämtl. Ersatz- und Zubehörteile zu **staunend billigen** Preisen. Alle **Reparaturen** werden in eigener Werkstatt **billigst** unter Garantie ausgeführt. 685

Schlesische Fahrrad-Industrie
Breslau, Matthiasstr. 9.

Sonder-Angebot 729

Prima-Velvet-Plüsch-Teppiche und Bettvorlagen

Ia. Qualität! (kein Axminster)

ca. **20 pCt. unter Preis!**

130×200 cm	ℳ 15,65
165×230 cm	ℳ 24,35
200×300 cm	ℳ 36,85
230×315 cm	ℳ 49,50
260×335 cm	ℳ 65,—
Bettvorlagen 57×110	ℳ 3,30

soweit Vorrat reicht!

Moderne Muster.

Leinenhaus Bielschowsky

Breslau, Nikolaistr. 76, Ecke Herrenstrasse.

Auf Teilzahlung!

Möbel, Spiegel, Polsterwaren, Regulateure, Bilder, Tischdecken, Gardinen u. s. w.

kaufen reelle und pünktliche Leute preismäßig, per Kasse gute, feste Waren werden mit kleinem Nutzen verkauft. 634

Gebr. Buchmann, Inh.: F. Buchmann,
Fischergasse 26, am Wachtplatz.

Stadt-Theater.

Dienstag:
Anfang 8 Uhr:
Zum 6. Male:
„Salome."
Mittwoch:
„Die Nibelungen."
„Der gehörnte Siegfried."
„Siegfried's Tod."
Donnerstag:
Zum 2. Male:
„Barfüßele."

Lobe-Theater.

Dienstag:
„Der Weg zur Hölle."
Mittwoch:
„Die Geisha."
Donnerstag:
„Kat ziba."

Volks-Vorstellungen im Thalia-Theater.

Donnerstag:
Gruppe J, 2. Vorstellung:
Die Brüder v. St. Bernhard.
Sonnabend:
Gruppe K, 2. Vorstellung:
Die Brüder v. St. Bernhard.

Liebich's Etablissement

Telephon 1646.

Enigmarelle

und 11 Debuts.
Anfang 7½ Uhr.

Victoria-Theater

(Simmenauer Garten).

12 Attraktionen u. A.: 12

Leo Tardy-Trio
Die Könige der Luft.

Chester Dieck
d. verwegenste Kunstradfahr.

Willi Heyden
Humorist

Anfang 7½ Uhr.
Bons an Wochentagen gültig.

---

steigt immer höher in der Gunst des Publikums.

Täglich neue Anerkennungen. 3008

Engros-Vertrieb für Schlesien
Oskar Heinemann Nachf.
Gebr. Thieme
Breslau.

Arbeiterfrauen

fordert überall die neue 843

Chemische Achinin-Schmierseife

zum Einweichen und Waschen von

Arbeiter-Leib-, Bett-, Haus- u. Kinderwäsche

das Pfund 24 Pfg.

Laßt Euch nichts anderes aufschwatzen!

Die Gleichheit
(Frauenzeitung.)

Alle 14 Tage erscheinend, Heft 10 Pfennige.

Beilage zu Nr. 55 der „Volkswacht“.

Mittwoch, den 7. März 1906.

Deutscher Reichstag.

57. Sitzung, Montag, den 5. März, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Graf Posadowsky, Dr. Nieberding.

Zunächst wird der Gesetzentwurf betr. die Ueberleitung von Hypotheken des früheren Rechts in dritter Lesung ohne Debatte angenommen.

Es folgt die Interpellation Gothein (freis. Vg.), Dr. Semler (Natl.), Dr. Müller-Sagan (fr. Vp.) Sie lautet:

Ist dem Reichskanzler bekannt, daß infolge nicht genügender Vorbereitungen der russischen Zoll- und Eisenbahnverwaltungen weit über tausend Eisenbahnwaggons mit deutschen Ausfuhrgütern, die rechtzeitig von der deutschen Grenzstation abgefertigt waren, nicht rechtzeitig zur zollamtlichen Abfertigung an der russischen Grenzstation kommen konnten? Daß infolgedessen durch das Eintreten der erhöhten Zollsätze am 1. März, die nach den Vorschriften der russischen Zollverwaltung auf alle diese späteren Sendungen Anwendung finden sollen, den deutschen Exporteuren ein großer Schaden erwächst? Was gedenkt der Reichskanzler zu tun, um die deutsche Geschäftswelt vor diesem erheblichen Schaden zu bewahren?

Staatssekretär Graf **Posadowsky** erklärt sich bereit, die Interpellation im Namen des Reichskanzlers zu beantworten. (Beifall links.)

Zur Begründung erhält das Wort

Abg. **Gothein** (Freis. Vgg.): Es war vorauszusehen, daß beim Inkrafttreten der neuen Handelsverträge sich Schwierigkeiten im Warenverkehr an der russischen Grenze herausstellen würden, zumal da dieser Termin in eine Zeit fällt, in der die Binnenschiffahrt erschwert oder aufgehoben ist. Infolge der russischen Revolution, in- [illegible] der Gewalttätigkeiten von Polizei und Militär haben sich die Schwierigkeiten sehr vermehrt. Auf die Bitten der interessierten Kreise haben alle anderen an den Handelsverträgen beteiligten Regierungen durch Vermehrung des Personals, Einlegung von Ueberstunden usw. die Leistungsfähigkeit der Eisenbahnen und anderer Transportmittel zu erhöhen gesucht. Auch Rußland versprach, Vorkehrungen zu treffen, um den erhöhten Ansprüchen zu genügen. Es blieb aber bei den Versprechungen. Schon am 15. Februar standen in Eydtkuhnen 410 Waggons; am Ende Februar war ihre Zahl auf 600 gestiegen. (Hört, hört! links.) Und was geschah auf russischer Seite? Am 17. Februar wurde nur ein einziger Zug von Eydtkuhnen nach Wirballen befördert. (Hört, hört! links.) Dazu brach in Wirballen durch ungenügende Bezahlung der Ueberstunden ein Eisenbahnerstreik aus. Nun aber geschah das Unerhörte. Im eklatanten Widerspruch mit den Lieferungsvorschriften des niederländisch-, deutsch-russischen Verbandstarifs verlängerte Rußland die Lieferungsfrist eigenmächtig um 10 Tage. Das bedeutete, daß der Anspruch der rechtzeitig aufgegebenen Waren auf Verzollung nach den bisherigen niedrigeren Sätzen einfach annulliert wurde. (Hört, hört!) Und das geschah, obwohl die Schuld an der Verspätung ganz ausschließlich doch auf russischer Seite lag. Von russischer Seite werden die durch die Verhältnisse in Rußland gebotenen Vorsichtsmaßregeln als Entschuldigungsgrund angeführt. Ich habe nichts gegen diese Vorsichtsmaßregeln; aber die deutschen Verfrachter haben keinen Anlaß, sie mit höheren Zollsätzen zu bezahlen. Am 27. Februar, also ausgerechnet einen Tag vor dem Inkrafttreten des neuen Tarifs, versprach Rußland eine Vermehrung des Beamtenpersonals und des rollenden Materials. Dies Versprechen war der reinste Hohn. (Sehr richtig! links.) Versuche der russischen Zollverwaltung, die Schuld auf die deutschen Spediteure abzuwälzen, welche den Zoll für die bereits ausgeladenen und abgefertigten Waren nicht bezahlt haben soll, sind von den Spediteuren als völlig grundlos zurückgewiesen worden. Nach allgemeinen völkerrechtlichen Grundsätzen wäre die russische Regierung verpflichtet, den entstandenen Schaden auf sich zu übernehmen. Sie müßte auch den Schein vermeiden, als ob sie sich ungerechtfertigt an höheren Zollsätzen bereichern wollte. (Sehr wahr! links.) Wir wissen ja aber, wie die russische Bureaukratie Gesetz und Recht zu achten pflegt. So werden, um ein Beispiel anzuführen, nach einem Zirkular Durnowos politische Gefangene auch im Falle eines Freispruchs nicht aus dem Gefängnis entlassen, sondern nach Sibirien verschickt. Man hat den Exporteuren geraten, sich wegen Entschädigung an die russische Regierung zu wenden. Ich fürchte, daß nicht viel dabei herauskommen wird. (Zuruf links: Backschisch! Heiterkeit.) Ich glaube nicht, daß der russische Instanzenzug zu denjenigen Zügen gehört, die auf jeder Station geschmiert werden müssen. (Heiterkeit.) Gerade die russischen Zollbeamten haben sich, wenigstens in den letzten Jahren, jeder Bestechung unzugänglich gezeigt. Aber jedenfalls entstehen den deutschen Exporteuren große Kosten und Zeitverluste und es wäre unbillig, sie hierfür nicht zu entschädigen. Wir wissen, daß das Auswärtige Amt bereits Vorstellungen erhoben hat. Trotzdem aber haben wir diese Interpellation eingebracht, damit der Reichstag Gelegenheit hat, zu bekunden, daß er in dieser Frage, die keine Parteifrage ist, einmütig hinter der Regierung steht. Die Frage der Stellung zur Zollpolitik spielt hier keine Rolle, wie denn diese Interpellation von Freunden und Gegnern des Tarifs unterzeichnet worden ist. Wir hoffen, daß alle Parteien des Reichstages diesem Protest gegen russische Uebergriffe sich anschließen werden. (Beifall links.)

Staatssekretär Graf **Posadowsky**: Meinungsverschiedenheiten zwischen Regierungen müssen mit Sachlichkeit und Ruhe behandelt werden. Das schließt aber nicht aus, daß hinter unseren Forderungen die nötige Festigkeit steht. (Bravo!) — Redner gibt eine Darstellung der Verhandlungen zwischen der deutschen und der russischen Regierung über die Frage der Zollabfertigung. Der deutsche Botschafter in Petersburg hat den Wunsch geäußert, daß diejenigen deutschen Waren, welche laut Frachtstempel bis zum 28. Februar zur Ueberführung an der Grenze bereit standen, aber deren Uebernahme seitens der russischen Behörden verweigert wurde, nach dem bisherigen Tarif verzollt werden möchten. Dieser Wunsch blieb unerfüllt. (Hört, hört! links.) Durch Umfragen des preußischen Eisenbahnministeriums bei den Eisenbahndirektionen ist festgestellt worden, daß in Eydtkuhnen 385 Waggons zurückgelassen worden sind, obgleich sie wiederholt den russischen Grenzbehörden angeboten worden waren (Hört, hört! links), und daß die Schuld der Annahmeverweigerung beim russischen Zollamt liegt. Es fehlt auf dem russischen Zollamt an der nötigen Beleuchtung und es ist den Zollbeamten verboten, die Zollrevision bei künstlicher Beleuchtung vorzunehmen. (Hört, hört! links.) In Kattowitz sind 394 Waggons nicht angenommen. Die Versuche, deutschen Speditionsfirmen die Schuld zu geben, werden auch von den befragten Eisenbahndirektionen zurückgewiesen. Unter den in Kattowitz nicht angenommenen Wagen befanden sich zahlreiche Kohlenwagen, deren Inhalt nach den bisherigen Bestimmungen zum Teil zollfrei waren. Der Reichskanzler hofft bestimmt, daß es ihm gelingen wird, mit der russischen Regierung zu einer Verständigung zu gelangen, welche den an der Zahlung eines höheren Zolles unschuldigen Exporteuren eine Entschädigung innerhalb gewisser Grenzen verschafft. Ich bitte das hohe Haus, zu der Reichsregierung das Vertrauen zu haben, daß sie alles tun wird, was in ihren Kräften steht. (Bravo!)

Auf Antrag Schrader (Freis. Vgg.) wird gegen die Stimmen der Rechten eine Besprechung der Interpellation beschlossen.

Abg. Dr. **Beumer** (Natl.): Die anerkennenswerten Bemühungen der deutschen Regierung zu Gunsten der Exporteure haben leider nicht den erwünschten Erfolg gehabt. Rußland hat große Vergünstigungen erlangt; seine politische Notlage ist in keiner Weise bei den Vertragsverhandlungen ausgenutzt worden; man hat ihm ein geradezu unbegreifliches Entgegenkommen bewiesen. (Sehr wahr! rechts und in der Mitte.) Zum Danke dafür läßt es Rußland seinerseits an Entgegenkommen fehlen. Am härtesten ist die deutsche Maschinenindustrie betroffen. (Hört, hört! links.) Der russische Maschinenzoll ist 12 bis 15 Mal höher als der deutsche. Allein 400 Waggons mit Maschinen liegen unabgefertigt an der Grenze. Möge die Regierung mit Festigkeit Rußland zur Erfüllung seiner moralischen und völkerrechtlichen Pflichten zwingen. (Bravo!)

Das Wort wird nicht weiter verlangt und die Besprechung der Interpellation ist somit geschlossen.

Die Abstimmung über die Resolutionen zum Justizetat wird wegen der schwachen Besetzung des Hauses erneut von der Tagesordnung abgesetzt.

Es folgt die

zweite Lesung des Reichspostetats.

Beim Titel Staatssekretär freut sich

Abg. **Gröber** (Ztr.) über die Fortschritte der Sozialpolitik in der Reichspostverwaltung. Die beträchtliche Vermehrung des Personals hat die Verkürzung der Arbeitszeit ermöglicht. Das kostet Geld; aber Sozialpolitik betreiben, ohne den Beutel aufzutun, ist eine Kunst, die bisher noch nicht gelehrt ist. Möge es der Postverwaltung gelingen, die Dienststunden so zu vermindern, daß ein mehr als elfstündiger Dienst überhaupt nicht mehr vorkommt. Zu begrüßen ist auch die Verminderung des Nachtdienstes. Wünschenswert wäre hier, daß der Nachtdienst mit seiner 1½fachen Stundenberechnung schon von 8 Uhr an gerechnet würde, falls er bis 12 Uhr oder länger dauert, und nicht erst von 10 Uhr ab. Sehr erfreulich ist es, daß Pakete jetzt im allgemeinen Sonntags nicht mehr bestellt werden. Auch sollten die lokalen Feiertage einzelner Gegenden berücksichtigt werden. Sehr bedauerlich ist es, daß der Postanweisungsverkehr am Sonntag noch immer nicht aufgehoben ist und daß er auch Sonnabend Abends noch bis 8 Uhr besteht. Den Wünschen der Postbeamten auf Erhöhung der Bezüge wird man bei den gestiegenen Lebensmittel- und Wohnungspreisen die Berechtigung nicht versagen können. Man wird sich zu einer gründlichen Neuregelung der gesamten Gehaltsverhältnisse entschließen müssen. Die Militärzeit sollte bei Berechnung des Dienstalters angerechnet werden. Die Ausdehnung der Portofreiheit für fürstliche Personen auf die Milch ihrer Meiereien geht denn doch zu weit. (Heiterk.) Die Postverwaltung ist bestrebt, viel für ihre Beamten zu tun; aber mehr noch bleibt auf diesem Gebiete zu tun übrig. (Bravo! im Zentrum.)

Staatssekretär **Kraetke** dankt dem Vorredner für seine Anerkennung der Bemühungen der Postverwaltung um die Verbesserung der Lage ihrer Beamten. Die Statistik über die Verhältnisse der Postbeamten beschäftigt jetzt schon 711 Beamte (Hört, hört! rechts) und kostet jährlich 135,000 Mark. Bei aller Achtung vor dem Nutzen der Statistik könnte man da doch der Meinung sein, daß dies Geld besser angewandt wird, wenn man es den Postbeamten direkt zukommen läßt. Wir suchen die Sonntagsruhe auf möglichst viel Beamte auszudehnen; die notwendige Folge davon ist aber, daß nun die wenigen am Sonntag beschäftigten Beamten eine ziemlich lange Dienstzeit haben. Wir haben die Paketbestellung, die Bestellung der Nachnahmesendungen und die Drucksachenbestellung am Sonntage ganz oder zum größten Teile eingestellt, aber bei der Aushändigung des Geldes hört die Gemütlichkeit auf. Das Publikum wird ungemütlich, wenn man ihm sein Geld länger vorenthält. Die Post muß sich bewußt bleiben, daß sie doch in erster Linie ein Verkehrsinstitut ist. Daher haben wir denn auch von der allgemeinen Einführung eines früheren Schalterschlusses am Sonntag abgesehen. Wo es aber möglich ist, wird die Paketannahme früher als 7 Uhr geschlossen. — Die Resolution des Reichstags auf Einhaltung der Sonntagsruhe an rein kirchlichen Feiertagen ist sehr schwer durchführbar. Die Gehaltsverhältnisse sind gewiß verbesserungsfähig. Aber als schlecht kann man sie nicht bezeichnen. Hat doch die Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses für Postschaffner und Unterbeamte sechs Millionen erfordert. Von der ganzen Mehreinnahme von 1906 bleiben nur 2 bis 3 Millionen übrig. Soweit es die Verhältnisse gestatten, sind wir gewiß bestrebt, die Gehälter aufzubessern. Die Anstellungsverhältnisse im Osten und Westen auszugleichen, war uns bisher unmöglich; aber das System der Dienstaltersstufen wirkt immerhin ausgleichend. Die Anstellung der Unterbeamten ist Sache der Oberpostdirektionen; diese sind aber über unsere Anschauungen genau unterrichtet und werden nicht wegen kleiner Verfehlungen einen Unterbeamten an seinem Fortkommen hindern. Die Zulassung vollständig freien Paketverkehrs von und zu den Soldaten würde 7 bis 8 Millionen kosten und schwer durchführbare Kontrolle erfordern. Die Portofreiheit steht den fürstlichen Persönlichkeiten rechtlich im vollen Umfange zu: sie haben aber für ihre gewerblichen Betriebe darauf verzichtet.

Abg. Singer (Sozialdemokrat):

Abg. Gröber hat unzweifelhaft die Denkschrift der Reichspostverwaltung gründlich durchstudiert. Vielen seiner Ausführungen kann ich mich anschließen; ich kann aber nicht verstehen, warum er für die höheren Postbeamten, die doch schon die höhere Besoldung voraus haben, eine kürzere Arbeitszeit fordert, als für die Unterbeamten. Wohl selbst Herr Gröber wird doch nicht den Grundsatz aufstellen wollen, daß, je höher der Posten, desto kürzer die Arbeitszeit sein soll. Dem Staatssekretär gegenüber möchte ich betonen, daß die weitere Einschränkung des Sonntagsdienstes größeren Schwierigkeiten nicht begegnen wird. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die Statistik muß viel genauer sein, wenn sie wirklich Nutzen stiften soll. Der Einwand des Staatssekretärs, daß die Statistik viel Geld kostet, ist hinfällig, denn eine gute Statistik ermöglicht nicht nur eine richtige Beurteilung, sondern auch eine richtige Einteilung des Dienstes und macht sich dadurch reichlich bezahlt. Daß eine Aufbesserung der Postbeamten selbst bei kleinen Beträgen enorme Summen ausmacht, weil das Beamtenheer der Post so groß ist, kann doch nicht gegen die für nötig erkannte Aufbesserung ins Feld geführt werden. Die erhöhten Lebensmittelpreise und die gesteigerten Mieten erheischen dringend eine Gehalts-Aufbesserung. Für die Anregung der Budgetkommission, Paketsendungen bis zu 5 Kilogramm an und von Soldaten vom Porto zu befreien, werden wir stimmen, da uns die Einwendungen des Staatssekretärs nicht stichhaltig erscheinen. Seiner organisatorischen Fähigkeit wird es schon gelingen, die Schwierigkeiten zu überwinden. — Ueber die Verwendung von Unterbeamten im Haushalt

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Für Heinrich Heines deutsches Denkmal! Wir werden um Aufnahme dieses Aufrufs ersucht:

Der uns das Buch der Lieder gab, hat kein Denkmal in Deutschland!

Fünfzig Jahre sind seit seinem Tode verflossen.

Jedes deutsche Mädchen singt seine Lieder, in den höchsten Feierstunden des Weibeslebens klingen sie ihm ins Ohr. Der Weibesschönheit hat er schimmernde Altäre gebaut, wie kein anderer. Für ihr Liebesglück und ihre Liebessehnsucht hat er Töne gefunden, wie nur wenige vor ihm.

Und er hat kein Denkmal in Deutschland!

Da nun aber deutsche Männer darangegangen, ihm ein Denkmal zu setzen, sammeln sich Pfaffen und Philister wider sie, und protestieren scheinheilig im Namen der gefährdeten Sittlichkeit wider ihr Vorhaben.

Darum ist es jetzt an Euch, deutsche Frauen, zu beweisen, auf welcher Seite ihr steht; auf der Seite der Dunkelmänner, die unter dem Schleier ihres Muckertums und ihrer Lebensverneinung alles Schöne und Wahrhaftige begraben wollen, oder auf der Seite derer, die sich mutig zum Leben, zur Freiheit, zur Wahrhaftigkeit und Schönheit bekennen.

Sie waren Eures Geschlechts, aus deren Händen vor Zeiten die Sänger ihre Kronen empfingen, aus deren Munde sie ihr Urteil erwarteten.

Sie waren Eures Geschlechts, die den Märtyrern der Menschheit bis zur letzten Leidensstation die Treue bewahrten.

Ein ganz Großer ist zu krönen, ein Sänger und ein Märtyrer, einer, der noch im Tode gehaßt wird und verfolgt.

Helft ihm ein Denkmal bauen, Ihr baut es Euch!

Lili Braun, Hedwig Dohm, Klara Viebig, Wally Zepler, Alma Dzialoszynski, Helene Voigt-Diederichs, Käthe Kollwitz, Mascha Sienon, Julie Wolfthorn, Minna Cauer, Marie Stritt, Anselma Heine, Helene von Monbart, Else Lasker-Schüler, Dr. Helene Stöcker, E. Rosmer, Hedwig v. Alten, Henriette Fürth, Johanna Baum, Toni Breitscheid, Dr. Agnes Blum, Anna Ritter, Adrienne Hacker, Ida Fulda.

Geldgaben bitten wir an die Deutsche Bank, Berlin W., Mauerstraße, mit dem Zusatz „Heine-Denkmal“ zu senden. Es wird öffentlich darüber quittiert werden.

Barfüßele.

Oper in einem Vorspiel und zwei Bildern von Viktor Leon, Musik von Richard Heuberger.

Am Sonntag fand auf unserer Opernbühne die Erstaufführung des „Barfüßele“ statt, welche als Volksoper gedacht ist und ihren Stoff den bekannten Dorfgeschichten Berthold Auerbachs entlehnt. Der Textdichter hat mit routinierter Hand ein Buch zusammengezimmert, welches allenfalls den Kern der geringen Handlung wiedergibt, in der Hauptsache aber sowohl den Geistesreichtum, als auch die treffliche Milieuschilderung Auerbachs vermissen läßt. Das Episodenwerk überwuchert zu sehr auf der einen Seite, während auf der anderen die beiden Personen des „Barfüßele“ und des musikalisch gebildeten Heiratsvermittlers Krappenzacher (von Herrn Schauer mit köstlichem Humor verkörpert) auf Kosten der übrigen Figuren gar zu stark in den Vordergrund gestellt sind. Zu diesem Libretto hat Heuberger eine liebenswürdige, häufig im Volkston gehaltene Musik geschrieben, welche sich zwar nirgends zu besonderer Höhe erhebt, aber eine anständige, sangbare Sprache redet und sich von dem heute üblichen Orchesterlärm fast durchgängig fernhält. Besonders originelle Musiknummern oder gar Schlager, deren Melodien man auf dem Nachhausewege vor sich hinsummen kann, wird man vergeblich suchen; die Partitur erfüllt aber ihren Zweck, ein Publikum einen Abend über angenehm zu unterhalten, vollkommen.

Die Aufführung unter Leitung des Herrn Kapellmeister Schmiedel ging recht flott von statten. Die beiden Kinder wurden im Vorspiel durch die Damen Binder und Scholz vortrefflich dargestellt. Anklänge an „Hänsel und Gretel“, sowohl in der Musik als in der Darstellung, liegen in der Natur der Sache und sind nicht schwer zu nehmen. Fräulein Binder deklamierte ganz vorzüglich und war auch musikalisch gut am Platze, auf die sehr angenehme Stimme des Fräulein Scholz, welche z. Zt. dem Ballet angehört, sei hiermit besonders aufmerksam gemacht. Im Stück selbst wurden die beiden Rollen von Fräulein Widhalm und Herrn Königer verkörpert. Fräulein Widhalm, gut disponiert, sang mit Wärme und gutem Ausdruck und spielte mit gewinnender Anmut, die Rolle des Bruders ist vom Textdichter recht schablonenhaft und stiefmütterlich bedacht, doch ließe sich vielleicht durch die Darstellung mehr daraus machen. Herr Siewert, welcher am Abend vorher den „Herodes“ dargestellt hatte, sang ohne ersichtliche Anstrengung den Johannes und glänzte wieder durch seine prachtvolle Höhe. Das Liebesduett am Schlusse des ersten Aktes war eine ausgezeichnete Leistung. Von den Inhabern kleinerer Partien sei Fräulein Reisch hervorgehoben, deren schöne Mittel, in gleicher Weise der gute Humor, wahrhaft erquickend wirkten. Das gut besetzte Haus spendete reichlichen Beifall und rief zum Schluß stürmisch den anwesenden Autor oft an die Rampe.

-d-.

Liederabend Fiedler-Sistermans.

Am Freitag ließen sich im Kammermusiksaale zwei Künstler hören, welche bisher dem großen Publikum nur dem Namen nach bekannt waren. Die Hofopernsängerin Ida Fiedler aus Berlin ist noch immer im Besitze eines schönen Materials, welches freilich der Zeit hat seinen Tribut zollen müssen und in der Höhe bereits anfängt, scharf zu werden. Daher kam auch der eigentümliche Umstand, daß die Künstlerin mit der Tannhäuser-Arie geringeren Erfolg hatte, als mit Liedern, in welchen sie ihr sehr respektables technisches Können zu zeigen in der Lage war. Am besten gefielen „Der Nußbaum“ von Schumann und „Hoffnung“ von Grieg. Fräulein Fiedler mußte sich zum Schluß zu einer Zugabe (Lied von Eckert) verstehen. Herr Anton Sistermans ist bisher in Breslau nur für verhinderte Kollegen eingesprungen und auch am Freitag nur als Ersatz für Herrn Hofopernsänger Berger, den Bruder unseres hiesigen Gesangslehrers, in die Bresche getreten. Das Publikum lernte hier einen Sänger kennen, welcher über einen gewaltigen Baß verfügt, von demselben aber den diskretesten Gebrauch macht und nicht nur ein vorzüglicher Gesangskünstler, sondern auch ein guter Deklamator ist. Das größte Interesse erregten zwei Lieder von Pfitzner („Sonst,“ ein entzückendes Rokokobildchen) und Richard Strauß („Ach, weh mir unglückhaftem Mann“). Sonst sangen beide Künstler — und dies geschieht leider fast immer beim ersten Debut eines solchen — die ausgesungensten Repertoirenummern. Das mag wohl daher rühren, daß die Künstler Breslau für eine mittlere Provinzstadt am Ende des deutschen Reiches halten, bis wohin die Gesangskultur noch nicht sonderlich weit gedrungen ist. Zu ihrem Schrecken müssen sie dann erkennen, daß unser Publikum weit anspruchsvoller und verständnisvoller ist, als das mancher anderen größeren Musikstädte. Auch Herrn Sistermans wurde eine Zugabe abgenötigt („Winterlied“ von Koß, ein hier längst vergessener Schmarren). Die Klavierbegleitung wurde von Herrn Hugo Markt ausgeführt. (Konzertflügel von Bechstein-Groß-pietsch.)

-d-.

Aus aller Welt.

Zu dem Hochwasser in Westdeutschland ist zu melden, daß die Ueberschwemmungen des Rheines ernstliche Verkehrsstörungen verursacht haben. Wie aus Köln vom Sonntag Abend gemeldet wird, ist der dortige Pegel um weitere 50 Zentimeter, also auf 6,70 Meter, gestiegen. Die Schiffahrt auf dem Rhein ist, entgegen Meldungen anderer Blätter, nicht eingestellt worden. Die Ruhrhäfen sind mit Schiffen angefüllt. Sämtliche Kohlenkipper sind gesperrt. Außer an der Mosel fanden auch an einigen Stationen Dammrutsche statt, wodurch ein Gleis Köln—Gießen gesperrt ist. Zahlreiche kleinere Dörfer an der Mosel und Rhein sind schwer heimgesucht. Die Düsseldorfer Rheinwerft ist vollständig überschwemmt, sodaß jeder Verladebetrieb eingestellt werden mußte. Da am Sonntag klares Wetter eingetreten ist, hofft man in den Rheinstädten, daß der Höhepunkt des Hochwassers erreicht ist. Nach den letzten Meldungen beginnt der Rhein tatsächlich langsam zu fallen. Auch vom Ober-

ihrer Vorgesetzten durch deren Damen sind mir sehr vielfach Klagen zugegangen. Ebenso klagen auch die Telephon- und Telegraphenarbeiter darüber, daß ihnen die Militärdienstzeit bei dem Besoldungsdienstalter nicht angerechnet wird. Formal ist ja hier die Postverwaltung im Recht; aber sie sollte sich der allgemeinen Unzufriedenheit gegenüber nicht so auf den Buchstaben versteifen. Ueber die in der Steuerkommission geplanten Mehrbelastungen des Postverkehrs will ich mich an dieser Stelle nicht äußern. Während einige Zeit hindurch erfreulicherweise wenig über die Streitigkeiten der Verwaltung und der bestehenden Beamtenvereinigungen verlautete, scheint jetzt wieder ein anderer Wind zu wehen. Nach dem Bericht der „Deutschen Postzeitung", des Organs des Postassistentenverbandes, soll der Direktor des Reichspostamts im Auftrage des Staatssekretärs direkt **Drohungen gegen den Verband zum Ausdruck gebracht haben.** Ist das wahr, so muß ein solcher Versuch die Leute in ihren bürgerlichen Rechten zu beschränken, als unberechtigter Uebergriff der Verwaltung zurückgewiesen werden. **Die staatsbürgerlichen Rechte der Postbeamten dürfen nicht angetastet werden.** (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Hier habe ich einen kleinen Beitrag zu dem Kapitel der Portofreiheit der fürstlichen Personen, nämlich den Abschnitt einer Postpaketadresse, aus der hervorgeht, daß als „persönliche Angelegenheit" des Regenten von Braunschweig 12 Kilogramm Wild an einen Händler in Berlin portofrei gesandt worden sind. (Große Heiterkeit.) Ich wußte bisher nicht, daß es zu den persönlichen Angelegenheiten des Regenten von Braunschweig gehört Wild für den Berliner Markt zu liefern. Auch sollte die Post einmal aufstellen, was ihr die Telegrammfreiheit für die deutschen Fürsten kostet. Es dürfte wohl ein nettes Sümmchen sein; denn wir haben ja außerordentlich telegraphierlustige Herren unter den Fürsten Deutschlands. (Heiterkeit.) Auch der Hofmarschall der Kaiserin, Freiherr v. Mirbach, hat einer ganzen Anzahl Berliner Stadtverordneten und auch mich, als es sich um den Bau der Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche handelte, einer ganzen Anzahl portofreier Telegramme gewürdigt, in denen er mich z. B. fragt, wann ich für ihn zu sprechen sei. (Heiterkeit bei den Soz.)

Die Posthilfsstellen passen in den Rahmen der Postverwaltung nicht hinein. Die Postverwaltung nimmt da Dienste und Diensträume in Anspruch, ohne eine Entschädigung dafür zu zahlen. Halten wir die ganze Einrichtung für prinzipiell verfehlt, so ist andererseits die Abfindung der Inhaber dieser Stellen mit einem jährlichen Pauschale von 50 Mark ganz ungenügend. Redner fordert weiter, daß die Postverwaltung die Hilfsbeamten nicht jederzeit ohne Kündigung entlassen dürfe und wünscht, daß mehr Rücksicht auf die Gesundheit der Beamten, besonders der überangestrengten Telephonistinnen genommen würde. Es nützt den Beamten nicht viel, wenn sie an Stelle des freien Sonntags einen Tag in der Woche frei bekommen. Bei uns sind alle Einrichtungen, die der Erholung und dem Vergnügen der breiten Masse dienen, auf den Sonntag zugeschnitten. Ein freier Sonntag Nachmittag ist zehnmal so viel wert, als ein freier Nachmittag in der Woche. Redner trägt Einzelklagen von Beamten vor. So wird in Wiesbaden und anderwärts über die Ueberbürdung der Briefträger geklagt. In Bremen sollen die Unterbeamten vom 31. Dezember Morgens ohne jede längere Pause bis zum 1. Januar Nachts 12 Uhr beschäftigt worden sein. Aus Köln wird berichtet, daß der Vorsteher Kuhnert und der [illegible] Schmitz Unterbeamte durch Drohungen zu häuslichen Arbeiten gezwungen hätten. Aus Rostock liegen Beschwerden vor, daß die Postbeamten erst nach 17 bis 18 Dienstjahren fest angestellt werden, und daß den Landbriefträgern zu viel zugemutet wird. Das Arbeitsquantum der Post steigt beständig und die Vermehrung der Beamten hält nicht Schritt mit der Vermehrung der Arbeit. Die Rücksicht auf die Einzelstaaten darf nicht dahin führen, die berechtigten Wünsche der Postbeamten abzulehnen. Möge der Staatssekretär nicht auf den Lorbeeren, die ihm Herr Gröber gespendet, ausruhen. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Abg. Kopsch (frs. Vp.): Wir stimmen den Anregungen in Bezug auf die Portofreiheit der Soldatenpakete und auf die Einschränkung der fürstlichen Portofreiheit zu. Dagegen müssen wir dem Staatssekretär wegen seiner Haltung in der Steuerkommission unsere Anerkennung versagen. Während sein großer Vorgänger Stephan den Verkehr von den Fesseln der Fiskalität befreite und in den Dienst des Verkehrs stellte (Sehr wahr! links.), scheint es jetzt, als sollten wir in dieser Hinsicht den Krebsgang gehen. Schon hat die Steuerkommission beschlossen, die im Orts- und Nachbarortsverkehr bestehenden Ausnahmetarife für Drucksachen, Warenproben, Postkarten und Geschäftspapiere zu beseitigen und die Gebühren für außerordentliche Zeitungsbeilagen anderweitig festzusetzen, d. h. auf das Dreifache zu erhöhen, und der Staatssekretär hat diese Resolution, nach den Verhandlungen, als nicht ungerechtfertigt bezeichnet. Ja, er hat indirekt noch auf die Aufhebung des Fünfpfennig-Portos hingewiesen. Dabei hat die Postreform von 1904 durchaus keinen Rückgang der Posteinnahmen gebracht. Wie verträgt sich vor allem aber die Verteuerung des Ortspostverkehrs mit den Erklärungen, die die Reichsregierung bei der Beseitigung der Privatposten abgegeben hat. (Sehr richtig! links.) Damals hat die Reichsregierung als Gegenleistung die Verbilligung des Ortsverkehrs zugesagt. (Sehr wahr! links.) Sollte sie damals schon den Gedanken gehabt haben, später zu den höheren Postsätzen zurückzukehren? Jedenfalls hat im Volke und im Reichstag niemand daran gedacht, daß diese Verbilligung nicht dauernd sein könnte. Jetzt aber erklärt der Staatssekretär, daß der Einführung höherer Portosätze nichts entgegenstehe, weil die Regierung sich nicht verpflichtet habe, die ermäßigten Sätze für alle Zukunft bestehen zu lassen. (Hört, hört! links.) Die Regierung beruft sich darauf, daß die jetzigen Portosätze beim Ortsverkehr die Selbstkosten nicht decken. Aber das gleiche ist auch bei der Briefbestellung auf dem Lande der Fall. (Sehr richtig! links.) Kein Unternehmer kann danach fragen, ob jeder Teil des Geschäfts die Selbstkosten deckt. Wenn die Verteuerung der Sätze für Zeitungsbeilagen gefordert wird, so muß auf die große Bedeutung hingewiesen werden, die heute die Presse für die Bildung des ganzen Volkes besitzt. (Sehr wahr! links.) Jedenfalls muß die Stellung des Staatssekretärs den schärfsten Widerspruch gegen die drohenden verkehrsfeindlichen, den gewerblichen Mittelstand und den ganzen Handelsstand schwer schädigenden Maßregeln hervorrufen. (Lebhafte Zustimmung links.) Redner geht dann auf die Gehälter der Unterbeamten ein und kündigt mehrere Anträge seiner Partei auf diesem Gebiete an. Er klagt, daß bei manchen Postämtern die Arbeitszeit schlecht verteilt ist, und wünscht einen Ausbau des Systems der gehobenen Dienststellen. Bedauerlich ist es, daß die Wohnungsgeldzuschüsse für die mittleren Beamten seit 20 Jahren nicht erhöht sind, obgleich die Mieten ständig gestiegen sind. Den Beamten und Unterbeamten darf eine Aufbesserung des Gehaltes nicht deshalb verweigert werden, weil es bei ihrer großen Zahl gleich in die Millionen geht. Eine solche Aufbesserung ist ja nur ein Ausgleich für die gestiegenen Mieten und Lebensmittelpreise. Redner wünscht besseren Schutz der Beamten gegen Beleidigung und fragt, ob die Gründung eines allgemeinen Postunterbeamtenverbandes gestattet werden würde. Er wäre das beste Ventil für die unter der Asche glühende Flamme der Unzufriedenheit. (Bravo! links.)

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr. Vorher Novelle zum Stempelsteuergesetz.

Schluß 6¾ Uhr.

Im Abgeordnetenhause

wurde die Vorlage betr. die Erweiterung des Stadtkreises Aachen der verstärkten Gemeindekommission überwiesen und die Beratung des Kultusetats fortgesetzt und die Kapitel „Technisches Unterrichtswesen" und „Medizinalwesen" erledigt. Beim „Technischen Unterrichtswesen" brachten verschiedene Abgeordnete Spezialwünsche für die technischen Hochschulen ihrer Heimatskreise vor. So vor allem forderte der Abg. Münsterberg die Errichtung einer technischen Prüfungsstation für Schiffe und Schiffsteile an der technischen Hochschule in Danzig. Beim Kapitel „Medizinalwesen" wurde vom Zentrumsabgeordneten Schmedding eine bessere Ausbildung der Hebammen befürwortet im Interesse der Herabminderung der Säuglingssterblichkeit. Ein Regierungskommissar bemühte sich aber mit heiligem Eifer nachzuweisen, daß hierfür eigentlich nicht der Landtag, sondern die Provinzen zu sorgen hätten. Weiter unterhielt man sich über die Errichtung eines Instituts für Gewerbekrankheiten, die vom freisinnigen Abgeordneten Rosenow angeregt wurde, über die Gehalts- und Pensionsverhältnisse der Kreisärzte und ihre Assistenten, über die Bekämpfung der Tollwut und die Frage der Fortbildung für Aerzte. Von der Regierung wurde erklärt, daß man sich mit den Regierungen von Oesterreich und Rußland wegen einer energischen Bekämpfung der Tollwut in Verbindung gesetzt habe.

Rußland.

Väterchens treueste Trabanten.

Durch kaiserlichen Ukas wurden die Wahlen zur Reichsduma in 28 Gouvernements des inneren Landes auf den 8. April, in 17 anderen Gouvernements im Inneren und im Dongebiet auf den 27. April und für zwei andere Gouvernements auf den 2. Mai festgesetzt.

Leutnant Schmidt.

Als einzige Gnade erbat sich der zum Tode verurteilte Held die Vergünstigung, man möge ihn, anstatt ihn zu hängen, erschießen.

Noch ein Leutnant zum Tode verurteilt.

Das Kriegsgericht in Riga verurteilte den Leutnant Behrsing wegen Ermordung zweier Kosaken zum Tode durch den Strang.

Bomben und Revolver.

Im Stadttheater in Plozk, wo eine Wahlversammlung stattfinden sollte, wurde unter der Bühne eine mit einer Lunte versehene Bombe gefunden. — In der Konstantinstraße in Lodz wurde ein Polizeirevieraufseher durch mehrere Revolverschüsse getötet. Die Attentäter entkamen. — In Kiew drangen einige Leute mit angeklebten Bärten in das Postbureau der Vorstadt Dimejewka und bedrohten das Publikum und die Beamten mit Revolvern und einer Bombe, die geschleudert werden würde, wenn jemand einen Fluchtversuch unternehmen sollte. Gleichzeitig schnitt ein anderer mit einem Dolch die Telegraphen- und Telephondrähte durch. Die ganze Barschaft von etwa 9000 Rubel wurde mitgenommen. Die Eindringenden, jedenfalls Leute vom Schlage der Holigans, besaßen die Frechheit, sich „Mitglieder der Kampforganisation der sozial-revolutionären Partei" zu nennen und verließen, nachdem sie den Raub sorgfältig verpackt hatten, das Amt. Bis jetzt ist es nicht gelungen, irgend eine Spur der Täter zu finden.

Partei-Angelegenheiten.

Zehn Jahre unter dem Dreiklassenwahlunrecht. Unter diesem Titel hat das Zentralagitationskomitee der Sozialdemokratie Sachsens eine Denkschrift zur Wahlrechtsbewegung in Sachsen herausgegeben, die den Redakteur der „Leipziger Volkszeitung", Genossen Richard Illge, zum Verfasser hat. In vier Abschnitten: „Der Zusammenbruch des Klassenwahlsystems", „Die Denkschrift der Regierung", „Der Zusammenbruch der Wahlreform", „Der Kampf ums Wahlrecht", wird die Geschichte des Dreiklassenwahlsystems und die letzten Kämpfe um das allgemeine gleiche Wahlrecht behandelt. Ein weiterer Abschnitt: „Der Polizeistaat — System Metzsch", gibt einen Ueberblick über die sächsische Regierungspolitik, die mit Hilfe der Polizei und der Gerichte alle wirtschaftlichen und politischen Kämpfe der Arbeiterbewegung beeinflußte. Im letzten Kapitel: „Was nun?" gibt der Verfasser eine Schlußbetrachtung und einen Ausblick. Das Schriftchen ist vier Bogen stark und kostet 50 Pf. Angesichts der Wahlrechtskämpfe im ganzen Reiche dürfte es auch außerhalb der grün-weißen Grenzpfähle mancher Freund der Volkssache mit Vergnügen und Nutzen lesen. — Die zehn Jahre Dreiklassenwahlrecht bedeuten ein wichtiges Stück Parteigeschichte der Sozialdemokratie in Sachsen, ein Seitenstück zur ausnahmegesetzlichen Zeit. Möge das lehrreiche Schriftchen starken Absatz finden!

Die Richter und die Praxis. Die Wesermühlen-Aktiengesellschaft in Hameln, bei der im Sommer 1904 die Arbeiter wochenlang, leider vergeblich, streikten, strengte später gegen mehrere parteigenössische Redakteure und Buchdruckereibesitzer, in deren Betrieben die fraglichen Blätter hergestellt worden, Zivilklage aus den § 823 Abs. 2, 824 und 826 BGB. an, weil ihr angeblich durch Verbreitung unwahrer Angaben in Bezug auf das von ihr hergestellte Mehl ein größerer Schaden erwachsen sei. Die neun Angeklagten sollten als Gemeinschuldner 50,000 Mark nebst 4 Prozent Verzugszinsen berappen. Die Zivilkammer des Landgerichts Hannover wies durch Urteil vom 7. April 1905 die Klägerin ab. Diese legte Berufung ein, und jetzt soll Genosse Rauch vom „Volkswille" als Zeuge darüber vernommen werden, ob die beklagten Buchdruckereibesitzer bei Anstellung der beklagten Redakteure mit der im Verkehr erforderlichen Sorgfalt verfahren, ob ihnen diese Redakteure insbesondere vor ihrer Anstellung als gewissenhafte und wahrheitsliebende Männer empfohlen und von wem diese Empfehlungen ausgegangen. Der Beweisbeschluß des Oberlandesgerichts Celle ist besonders um deswillen recht lehrreich, weil ja, soweit die parteigenössische Presse in Frage kommt, die Drucker mit der Anstellung der Redakteure überhaupt nichts zu tun haben, und weil Genosse Rauch über — seine eigne Anstellung aussagen soll. Die Verhältnisse in der sozialdemokratischen Presse scheinen doch manchem Juristen noch böhmische Dörfer zu sein.

Der Parteitag der sozialdemokratischen Partei Bayerns fand am 4. März und den folgenden Tagen in Schweinfurt statt. Anwesend waren 95 Delegierte aus 85 Orten. Vom Hauptvorstand in Berlin war Genosse Molkenbuhr erschienen. Aus dem Geschäftsbericht des Landesvorstandes ist zu entnehmen, daß der Gau Südbayern 34 sozialdemokratische Vereine mit 7882 Mitgliedern, der Gau Nordbayern 87 Vereine mit 17,465 Mitgliedern und der Gau Rheinpfalz 78 Vereine mit 6765 Mitgliedern umfaßt, in Bayern zusammen also 199 sozialdemokratische Vereine mit 32,112 Mitgliedern bestehen. Die Organisationen haben gegen das Jahr 1904 sehr gute Fortschritte gemacht und die 5 bayerischen Parteizeitungen haben sich recht gut nach vorwärts entwickelt.

Den größten Teil des 1. Verhandlungstages nahm dann die Generaldiskussion über den vom Landesvorstand vorgelegten Entwurf für das neue Organisationsstatut und die dazu gestellten Abänderungsanträge in Anspruch. Nach Ueberweisung des Beratungsgegenstandes an eine Kommission wurde die Sitzung des ersten Tages geschlossen.

Den Austritt aus der schweizerischen sozialdemokratischen Partei hat die am Sonntag in Lugano abgehaltene Delegiertenversammlung der tessinischen sozialdemokratischen Partei beschlossen. Der Grund hierzu ist die Stellung des Oltener Kongresses zur Frage des Antimilitarismus.

[illegible] und der Mosel wird gemeldet, daß das Wasser im [illegible] ist. Der Einsturz eines Hauses in Siegburg steht in keinem Zusammenhang mit dem Hochwasser. — Heftige Schneestürme haben, wie aus München gemeldet wird, im Bayerischen Walde, im Fichtelgebirge und im Frankenwalde [illegible] meterhoher Schnee, der bereits zu mehrfachen Störungen im Landverkehr geführt hat. — Das Hochwasser hat allem Anschein nach infolge der eingetretenen günstigen Witterung seinen Höhepunkt erreicht und ist langsam im Abnehmen begriffen. Der Rhein kam, nach einer Meldung aus Köln, [illegible] zum Stehen. Das Wasser der Mosel [illegible]. Ebenso wird von anderen oberrheinischen [illegible] ein Fallen des Wassers gemeldet. Die Hochwasser der Werra, Fulda und Weser sind überall in einem [illegible] begriffen. Wie aus Frankfurt a. M. gemeldet wird, fällt auch in der Maingegend das Wasser [illegible] langsam, doch ist in Offenbach die Verbindung des Hafens mit der Eisenbahn noch unterbrochen.

Lawinen- und Bergstürze. Am 4. d. Mts. ist der Skifahrer [illegible] in der Parsennfurka-Hütte von einer Lawine verschüttet worden. Die Hütte wurde weggefegt. Der Begleiter [illegible] benachrichtigte die alpine Rettungsstation Davos, welche sich sofort mit einer Rettungskolonne auf den Weg machte. Es gelang ihr, [illegible] zu retten, der vier Stunden unter den Schneemassen sich befunden hatte. Er hat einen Beinbruch erlitten. — Aus Salerno (Italien) wird gemeldet: Ein Teil des Dorfes am [illegible] ist infolge Bergsturzes, der auf einer Strecke von fünfzig Metern mehrere Häuser zerstörte und beschädigte, vernichtet worden. Am meisten haben die Villa Gallelli, das Post- und Telegraphenamt und die Spinnerei Campiani gelitten. Opfer hat die Katastrophe nicht gefordert, nur ein Hüter, der aus seinem Hause Gegenstände retten wollte, wurde unter den Trümmern begraben. Man ist mit seiner Errettung beschäftigt. — Blättermeldungen aus Girgenti zufolge ist die Schwefelgrube „Quattro Finaite" bei Grotte am 1. März eingestürzt. Sechs Arbeiter wurden dabei in der Grube abgeschlossen. Man fürchtet, daß sie umgekommen sind, und macht Anstrengungen, sie zu retten.

Einsturz einer Mauer. Sonnabend ist ein Stück der Stadtmauer in Kronach, 20 Meter lang und 10 Meter hoch, eingestürzt. Das darunter befindliche Haus, die frühere Wirtschaft „Zur Wolfsschlucht", wurde zertrümmert. Von den im Hause befindlichen Personen konnten vier Kinder gerettet werden. Eine ältere Frau wurde tot unter den Trümmern hervorgezogen. Sie trug ein Enkelkind auf dem Arm, das unversehrt war.

Einsturz eines Kirchturms. In Sanscoins stürzte, wie aus Paris gedrahtet wird, während der Messe der Kirchturm ein. Eine große Anzahl Andächtiger wurde unter den Trümmern verschüttet. Den letzten Nachrichten zufolge wurden bisher 27 Tote und Verwundete unter den Trümmern hervorgezogen.

Drei Menschen verbrannt. Wie die „Neuen Westpreußischen Mitteilungen" melden, sind im Dorfe Bagnitz (Kreis Tuchel) acht Gehöfte niedergebrannt. Drei Menschen fanden den Tod in den Flammen.

Der Zopfabschneider freigesprochen. Der in Berlin kürzlich verhaftete Zopfabschneider, Schiffsbaustudent Stoß, bei dem 31 Zöpfe vorgefunden wurden, wurde am Montag vom Schöffengericht gemäß dem Antrage des Staatsanwaltes von der Anklage des Diebstahls, der körperlichen Mißhandlung und tätlichen Beleidigung freigesprochen in der Erwartung, daß seine Familie ihn sofort einer Anstalt zuführe. Die Sachverständigen hatten übereinstimmend das Vorhandensein der freien Willensbestimmung verneint.

Schweres Brandunglück. Gestern früh brach in einem Hause zu Fucecchio (Provinz Florenz), in dem ein Ball abgehalten wurde, Feuer aus, das rasch um sich griff. Ausgekommen war das Feuer in einem Stall, der sich unter einem Tanzsaal befand. Der Saal stürzte bald zusammen, sodaß sich fast niemand retten konnte. Man spricht von sechzehn Toten. Mehrere Personen, die sich zu retten versuchten, indem sie aus den Fenstern sprangen, sollen schwer verletzt sein.

Ertrunken. Bei Saarburg ist, rheinischen Blättern zufolge, der Wagen eines Müllers von den scheu gewordenen Pferden in die hochgehende Saar geworfen worden, wobei der Müller und die Tiere ertranken.

Vom Leuchtturm gestürzt. Aus London wird gemeldet: In South-Foreland vermißte der Aufseher des Leuchtturms seine Frau. Nach langem Suchen fand man ihre Leiche auf den Felsen gerade unter dem Leuchtturm. Die unglückliche Frau muß über das Geländer des Turmes gefallen und volle 200 Fuß in die Tiefe gestürzt sein.

Unwetter in Nordamerika. Der letzte Mittwoch ist, wie aus New-York berichtet wird, der kälteste Tag gewesen, der dort im Laufe dieses Winters zu verzeichnen war. Es herrschten 18 Grad unter Null. Ein orkanartiger Sturm, der mit 50 Meilen Geschwindigkeit in der Stunde raste, machte die Kälte noch empfindlicher. Viele Fenster wurden eingedrückt. Die Unglücksfälle, bei denen Personen verletzt wurden, zählen nach Hunderten. — In Meridian (Mississippi) vernichtete ein Orkan eine Anzahl Häuser, wobei die Trümmer in Brand gerieten. Man spricht von 200 Toten. Bisher sind 35 Tote geborgen.

Wie ein polnischer armer Teufel reist. Unter dem Durchgangswagen Hannover-Kattowitz des ½1 Uhr Nachts im Bahnhof Falkenberg (Reg.-Bez. Halle) einlaufenden Schnellzuges glaubte man einen Toten entdeckt zu haben. Als die vermeintliche Leiche herausgeholt werden sollte, schlug sie zur Verblüffung der Beamten plötzlich die Augen auf und kroch schließlich selbst hervor. Man hatte es mit einem polnischen Bergarbeiter aus Beuthen zu tun, der von Hannover ab 290 Kilometer zwischen dem Drehgestell und Wagenboden zurückgelegt hatte. Der arme Teufel, der auf diese etwas unbequeme Weise nach Hause fahren wollte, wurde schließlich der Polizei übergeben.

Die Millionenpartie. Aus Venedig wird berichtet, daß dort ein Paar ausgehoben wurde, das sich die schöne Stadt der Lagunen als Terrain seiner Heiratsschwindeleien ausgesucht hatte. Der Urheber der Verhaftung, ein Berliner, ist ein zweiundzwanzigjähriger Student der Jurisprudenz Ignaz Str. Der hoffnungsvolle Mann las vor kurzem in Berlin folgende Annonce:

„Venetianerin mit einer Million Mitgift sucht Gatten. Studierter Deutscher bevorzugt. Zu erfragen unter H. S. J. postlagernd Venedig."

Das runde Milliönchen reizte den Bruder Studio, und er bat sofort unter angegebener Adresse um nähere Auskunft. Nach drei Tagen schon erhielt er ein Brieschen folgenden Inhalts: „Wenn Sie der Sache näher treten wollen, müssen Sie nach Venedig kommen. Ich wohne im Hotel Vittoria. Teresa Lambrecht." In der Freude seines Herzens setzte sich der heiratslustige Student sofort in den Zug, der gen Italien fährt und traf am 20. Februar in Venedig ein. In dem angegebenen Hotel fand er seine Teresa Lambrecht nicht vor, wohl aber ein neues Brieschen von ihr, in dem sie ihn für 3 Uhr Nachmittags zu einem Stelldichein auf dem San Marco-Platze einlud, unter genauer Angabe der Erkennungszeichen. Auf dem Platze traf Str. ein schwarzbraunes Weiblein in mittleren Jahren und einen hochgewachsenen blonden Mann, der sich John Puskalter nannte und soeben erst aus New-Orleans eingetroffen sein wollte. Zu seinem Leidwesen erfuhr der Berliner Jüngling von der Lambrecht, daß die angebotene Millionärin nicht in Venedig, sondern in Treviso in der Villa Armann wohne, und daß er daher noch eine kleine Reise machen müßte. Diese Reise wollte Teresa und John mit ihm aber nur dann antreten, wenn er bereit wäre, ihnen ihre „Auslagen" für Korrespondenzen, Reisen usw. mit 200 Lire zu bezahlen. Wenn einem eine sichere Million in Aussicht steht, kann man schon 200 Lire Trinkgeld geben und so besann sich unser Berliner keinen Augenblick und gab in seinem Enthusiasmus sogar noch etwas mehr als 200 Lire. Darauf verabredete man für 5 Uhr eine Zusammenkunft am Bahnhof, von dem aus man nach Treviso fahren wollte, um die Million zu erobern. Der Jüngling war pünktlich zur Stelle, aber die braune Lambrecht und der geheimnisvolle Mann aus New-Orleans ließen sich nicht blicken. Mit echt deutscher Gründlichkeit und Geduld wartete der Berliner bis tief in die Nacht hinein, um als der Morgen graute, war er noch immer oder schon wieder da, um die Züge nach Treviso abfahren zu sehen. Da entschloß sich der betrogene Jüngling endlich, den deutschen Konsul von seinem Mißgeschick in Kenntnis zu setzen. Den Bemühungen der Polizei gelang es dann, das Schwindlerpärchen bei einem Zimmervermieter zu entdecken und festzunehmen.

Das Internationale sozialistische Bureau in Brüssel beriet am Sonntag den Antrag Vaillants auf Maßnahmen des internationalen Sozialismus behufs Verhinderung des Krieges. Nach neunstündiger Debatte, an der sich u. a. Bebel, Jaurès, Vandervelde, Hyndman beteiligten, wurde der Antrag Vaillants einstimmig angenommen, daß die sozialistischen Parteien aller Länder sich vereinigen sollen, um den Krieg zu verhindern.

Im Anschluß an diese Sitzung fand am Abend ein großes Vollsmeeting statt, auf dem Jaurès in einer glänzenden, von oft minutenlangem Beifall unterbrochenen Rede die Pflicht des internationalen Sozialismus erörterte, alle Kräfte für die Erhaltung des Friedens einzusetzen. Er führt dabei aus, die französischen Sozialisten hätten die Intrigue in der marokkanischen Frage rechtzeitig erkannt, öffentlich aufgedeckt und so den Krieg zwischen Frankreich und Deutschland vereitelt, den eine politisch-finanzielle Clique heraufbeschwören wollte, und die Fortschritte der Demokratie im Kriegsdonner zu ersticken, wie Napoleon im Jahre 1870 seine Dynastie durch den Krieg mit Deutschland retten wollte. Jaurès ließ die Versammlung schwören, daß sie alle Kräfte aufbieten werde, um Kriege zu vereiteln. Nachdem noch Hyndman und Troelstra in demselben Sinne gesprochen, drückte Vandervelde sein Bedauern aus daß Bebel wegen Ermüdung am Erscheinen verhindert sei. Die Versammlung ging dann unter Absingen der Internationale auseinander.

Arbeiterbewegung.

Zur Lohnbewegung im Schneidergewerbe. Die Schneidergehilfen haben in verschiedenen Orten Lohnbewegungen eingeleitet. Entwürfe zu Tarifverträgen mit den Arbeitgebern sind ausgearbeitet worden von den Gehilfen in Dresden, Brandenburg, Elberfeld, Breslau, Gera, Görlitz, Lübeck und in Rostock. In Metz und Straßburg i. E. haben die Gehilfen ihre Tarifverträge gekündigt und wollen neue Verträge unter besseren Lohnbedingungen abschließen. Verhandlungen zur Durchführung von Verträgen sind ferner eingeleitet worden in Bochum, Frankfurt a. M. und in Karlsruhe.

Holzarbeiter ausgesperrt. Die Unternehmer der Holzindustrie in den Orten Geringswalde, Waldheim, Leisnig, Harthe und einigen dazwischen liegenden Dörfern haben ihre Drohung wahrgemacht und am Sonnabend, den 3. März etwa 3000 Holzarbeiter, besonders Stuhlbauer und Tischler, ausgesperrt. In den erstgenannten beiden Orten beträgt die Zahl der Ausgesperrten je etwa 800. Manche Betriebe stehen ganz still, manche sollen, so gut es geht, weitergeführt werden. Die in Geringswalde streikenden Holzarbeiter, wegen deren, da sie eine Unterwerfung ablehnen, die Aussperrung in den Nachbarorten erfolgte, sind gewillt, den Kampf entschlossen weiter zu führen.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 6. März.

* **Im Sozialdemokratischen Verein** sprach gestern Abend vor einer zahlreichen Zuhörerschaft Genosse Dr. med Landsberg über „Heinrich Heine und sein Stellung zum Sozialismus."

Redner bemerkte einleitend, daß ja allerdings Heines 50jähriger Sterbetag etwas spät gefeiert würde. Das sei jedoch nicht das einzig sonderbare. Man müsse daran denken, daß vor einem Jahre die Schillerfeier gewesen sei, die von der diesjährigen Heinefeier bedeutend abgestochen hätte. An der Schillerfeier beteiligten sich alle Schichten der Bevölkerung, während das bei der Heinefeier nicht der Fall sei. Nur zwei verschiedene Gruppen der Bevölkerung hätten sich an letzterer beteiligt: die klassenbewußte Arbeiterschaft und die Intellektuellen und Literaten aus der bürgerlichen Gesellschaft. Die offiziellen Kreise hätten Heine totgeschwiegen und die Finsterlinge ihn gar beschimpft, wie der allen bekannte Stöcker. Das zeige genügsam die im Volke bestehende Klassenscheidung, daß zwischen diesen verschiedenen Klassen eine tiefe Kluft gähne. Schon Heine habe diesen Unterschied dahin zum prägnanten Ausdruck gebracht, daß es keine Nation gäbe sondern nur nach Klassen. Landsberg gibt nunmehr in scharfumrissenen Zügen ein Bild von Heine's Entwickelungsgange. Wie ein Meteor trat in Heines Jugendjahre Napoleons Gestalt, dem er sein Lebenlang eine schwärmerische Verehrung zuwandte. Weshalb? Napoleon war es, der den Juden in den Rheinlanden die Gleichberechtigung gab, dann zog ihn Napoleon auch als Poet stark an und drittens war Napoleon ein Pionier des Liberalismus. Heines freie Auffassung zeigte sich darin, daß er mit der Tochter eines Scharfrichters ein Verhältnis unterhielt, trotzdem die gesellschaftliche Stellung des letzteren keine gute war. Heine besuchte die Jesuitenschule, in der im Gegensatz zu vielen andern der Geist der Toleranz herrschte, der auf seine Entwickelung nicht ohne Einfluß blieb. Heine war in seinen Jugendjahren in kaufmännischen Geschäften tätig, studierte dann Jurisprudenz, ebenfalls ohne besondere Neigung, trotzdem er sich noch den Doktorhut erwarb. Nachdem er in Göttingen, wo er zuletzt studiert hatte, zum Christentum übergetreten war, nicht etwa um Karriere zu machen, widmete Heine sich der freien Schriftstellerei. In dieser Eigenschaft schloß er sich der romantischen Schule an, ohne daß er praktisch alles mitmachte, was diese lehrte. Aus seinen poetischen Schriften ließe sich an zahlreichen Beispielen nachweisen, wie verletzend er den Geist des Romantismus behandeln konnte. Heine widmete sich auch der Prosaschriftstellerei (seine Reisebilder). Unter diesen befindet sich allerdings manches Schlüpfrige, das sich aber aus den damaligen politischen Verhältnissen, die unter dem System Metternich besonders schlimme waren, erklärte. Heines Aufenthalt in England wirkte bestimmend auf seine Geistesrichtung in politischer Beziehung ein, dort wurde er sich erst über den Liberalismus vollkommen klar, der freie Institutionen geschaffen hatte. Nach Deutschland zurückgekehrt, wirkte er für den bürgerlichen Liberalismus, aber es fruchtete nichts, wie er an dem Verhalten des letzteren z. B. gegenüber den Polen erkannte. Im Jahre 1831 forderte er in einer seiner Schriften energisch Preßfreiheit usw. Aber nicht lange konnte er für diese freien Gedanken kämpfen, weil ihn die Not zwang, unter der er übrigens stets zu leiden hatte, nach Paris auszuwandern, um sich dort eine Existenz zu gründen. In Paris betrat er eben ausgeglühten vulkanischen Boden.

Karl der Zehnte war verjagt worden und Louis Philipp kam zur Regierung, der dem Grundsatz huldigte: Bereicherung der Bourgeoisie. Heine entwickelte sich nach der sozialistischen Seite. Das Proletariat, sich rühmend, zum Sturze des Bourbonenkönigs Karl des Zehnten beigetragen zu haben, regte sich, es entstanden eine Reihe urwüchsige Bewegungen und Putsche, die aber sinnlos waren und eine Fülle von Köpfen trat auf die Bildfläche, so: Saint Simon, Fournier, Lamenais. Aber was diese Männer an Werken schufen, war nicht der Wirklichkeit des Lebens entsprungen, sondern in der Studierstube ausgebrütet. Es war eben das tragische Verhängnis, daß die genialen Männer kein Zutrauen zur Masse hatten, wie es ja oft in der Weltgeschichte vorkommt. Heine lernte nicht nur diese oben genannten Männer sondern auch deutsche Gelehrte kennen, wie Karl Marx und Ferd. Lassalle. An verschiedenen Aussprüchen Heines zeigte Redner dessen Verhältnis zu Marx und Lassalle und zum Sozialismus. Die Menschenkenntnis Heines war geradezu bewunderungswürdig, indem er Lassalles hohe Bestimmung erkannte. Heines Verhältnis zu den Arbeitern war stark beeinflußt von den Utopisten Saint Simon, Fourier und Lamenais. Er hatte wenig Vertrauen zu ihnen, er fürchtete diese Lumpenproletarier und Bauern, die sich im Bilderstürmen gefielen, die Kunstschätze zertrümmerten. Er empfand sowohl Anziehung wie Grausen vor dem Kommunismus. Deshalb rang Heine sich auch nie zu einer entschiedenen Stellung durch. Einer unserer ersten Arbeiterführer, Wilhelm Weitling, dessen große Begabung unzweifelhaft feststeht, stieß ihn geradezu ab. Damals waren eben ganz andere Anschauungen in den Künstlerkreisen vorherrschend, beeinflußt natürlich durch das allgemein noch nicht so hohe geistige Niveau der Arbeiterklasse. Heute stehen die bedeutendsten Künstler aller Künste auf dem Standpunkt, daß erst mit dem Sieg der Arbeiterklasse über die bürgerliche Gesellschaft eine neue Blüte der Kultur anhebt. Aber wenn Heine sich auch noch nicht so weit durchringen konnte, so zeigt doch aber jede seiner Dichtungen Interesse für den Arbeiter, wie Redner an Beispielen (Almansor, Wintermärchen) darlegt. Als Heine bereits 1848, zur Zeit der großen politischen Umwälzungen, totkrank in der Matratzengruft lag, war er geistig ungebrochen und hat siegreich gekämpft gegen gekrönte und ungekrönte Häupter. Seine Lebensaufgabe erblickte er darin, an einer dauernden Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich, diesen beiden großen Kulturnationen, zu bauen. Noch in seinem Testament hat Heine für diesen Gedanken gearbeitet. Wenn jetzt wieder der Versuch gemacht wird, Deutschland und Frankreich gegenseitig zu verhetzen, so können wir mit Stolz sagen, daß es Sozialisten seien, die sich diesen Hetzplänen widersetzten. Heinrich Heine starb 1856 in Paris. Er ist sich bis zu seinem Tode selbst treu geblieben. Aus seinen Werken müßten wir reiche Schätze heben und handeln im Geiste seiner Worte: Ich bin das Schwert, ich bin die Flamme. (Lebhafter Beifall.)

Eine Debatte findet nicht statt. Der Vorsitzende, Genosse Neukirch, macht darauf aufmerksam, daß am 11. d. M. die Volksvorstellung und am 25. d. M. das Volkskonzert stattfindet. Die Ausgabe der Billets für die erste Vorstellung beginnt heute, Dienstag. Am 18. März werden im Gewerkschaftshause wiederum drei Volksversammlungen tagen, desgleichen „Zum kühlen Strand der Oder" eine Versammlung. Alle Versammlungen sind als eine Fortsetzung der Wahlrechtsbewegung zu betrachten. Für die drei Gewerkschaftshausversammlungen sind vorher Karten zu lösen. Nach unwesentlicher Debatte wurde um 9½ Uhr die Versammlung geschlossen

Immer wieder: Die Polizei gegen die Arbeiter!

Die Breslauer Polizei ist unermüdlich, sobald es gegen die Arbeiter etwas zu unternehmen gilt. Es scheint, als beabsichtige man, den Ruhm der Breslauer Polizei dem internationalen Ruhme der Breslauer Justiz und ihrer Streik- 2c. Urteile gleichzustellen. Folgendes Polizeistückchen ist ganz besonders geeignet, ein neues Glied in der endlosen Kette zu bilden.

Sollte da am Sonntag in dem Lokale von Fläschel in der Groschengasse eine Fabrikarbeiter-Versammlung stattfinden, die bereits 36 Stunden vorher angemeldet worden war. Die Polizei hatte aber versäumt, die Anmelde-Bescheinigung auszuhändigen. Trotzdem erschien ein Abgesandter der Polizei, um die Versammlung wegen des — Fehlens der Bescheinigung zu verbieten!

Also zuerst verabfolgt man dem Einberufer die vorschriftsmäßig sofort auszuhändigende Bescheinigung nicht und dann schickt man Beamte hin, um die Versammlung zu verbieten! Was soll man dazu sagen? Daß die Versammlung angemeldet war, bewies ja der zur Ueberwachung abkommandierte Beamte. Preisfrage: Weshalb gab man die vorschriftsmäßige Bescheinigung nicht?

Aber damit war die Polizeitat noch nicht beendet. Als nach der (gar nicht stattgefundenen) „Versammlung" der Vorsitzende der Tarifkommission die Mitglieder dieser Kommission aufforderte, sich zwecks Durchberatung des Tarifvertrages in die Wohnung des Wirtes zu begeben, folgte der Polizist den Mitgliedern in die Wohnräume nach! Es mußte erst der Wirt eingreifen, um den Beamten energisch aufzufordern, sofort die Räume zu verlassen. Der Beamte aber ging erst, als er die „Versammlung" — aufgelöst hatte!!

Selbstverständlich ist diese Auflösung völlig ungesetzlich! Die Kommissionsmitglieder bilden doch ebensowenig einen Verein, als wie die Fahnenträger eines Krieger-Vereins! Außerdem können wir der Polizei verraten, daß dieser „Verein" ebenso fast alle Tage unangemeldete „Versammlungen" abhält, wie die Tarifkommissionen fast aller anderen Gewerkschaften. Der Polizei steht also noch ein überaus weites Tätigkeitsfeld offen.

Will sie darauf ein Tänzlein wagen?
Mag sie's nur sagen:
Wir spielen ihr auf!

* **Von einer kleinen Nachtepisode aus dem sonntäglichen Boykottkampfe** weiß uns ein Genosse folgendes zu erzählen: Unser Gewährsmann hatte am späten Abend des vorigen Sonntags seiner Braut das Geleite gegeben und stand nach beendetem Minnedienst in Gedanken versunken so gegen 12¼ Uhr an der Ecke der Leuthenstraße und der Kurzen Gasse. Aus seinem Sinnen weckten ihn plötzlich zwei Herren, die in seine Nähe traten und laut miteinander sich über die wichtige Frage unterhielten, ob sie wohl noch einmal hinauf in den „Kronprinz" gehen wollten. „Ob denn auch oben noch Licht ist?", meinte der eine der beiden Tanzlustigen, und unser Genosse, dem es schien, als ob die Frage an ihn gerichtet sei, gab als höflicher Mensch die Antwort: „Licht ist noch oben." Und dann setzte er hinzu: „Aber es soll doch verboten sein, hinzugehen."

Die Folge dieser harmlosen Worte war eine ungeahnte. Die beiden Herren legitimierten sich als „Geheime" und nahmen unseren höflichen Genossen mit zur Wache. Dort wurde er einem peinlichen Examen unterworfen, ob er Flugblätter bei sich habe, ob er etwa solche verteilt habe, wie lange er schon an der Ecke stehe, ob er mit dem „Komitee da oben" (dem Aktionskomitee) in Verbindung stehe und etwa von diesem Unterstützung erhalte. Da nach Lage der Sache das interessante Verhör völlig negativ verlief, wurde unser Genosse schließlich entlassen mit dem Bemerken, der Wirt des „Kronprinz" werde ihn wegen „Geschäftsschädigung" verklagen; nun möge er gehen und „sich bei dem Komitee bedanken." Unser Genosse kam auch, wie er den Auftrag sich zu bedanken aber ausgeführt hat, das zeigen die vorstehenden Zeilen.

Noch von einer zweiten Episode, die ebenfalls in der Nikolaivorstadt sich abspielte, wird uns berichtet. Auf der Friedrich Carlstraße wurde von dem Schutzmann Schmolke einer unserer Genossen, der in einem Hause Boykott-Flugblätter verteilte, festgenommen und ihm 45 Flugblätter beschlagnahmt. Auch ein Schutzmann sollte schließlich wissen, daß die unentgeltliche Verbreitung von Flugblättern in Privatwohnungen gar keinen gesetzlichen Beschränkungen unterliegt. Denn die Verbreitung geschah früh um 8¼ Uhr, nicht während der Kirchzeit.

Gaukonferenz der schlesischen Textilarbeiter.

Zweiter Tag.

Die Sitzung wurde Vormittags 8½ Uhr eröffnet. Das Wort erhielt Kollege Fritsch zu dem Referat: „Unsere Taktik bei Lohnkämpfen." Die organisatorischen Fortschritte, die die schlesischen Textilarbeiter in letzter Zeit gemacht haben, führen erklärlicherweise dazu, auf Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu denken. Das sei ja auch der Zweck und das Ziel jeder Arbeiterorganisation. Ein Umstand komme dabei den Arbeitern zu Hilfe: die außerordentlich gute Geschäftskonjunktur in der schlesischen Textilindustrie. Schon das verflossene Geschäftsjahr war ein sehr gutes, Aufträge sind in Hülle und Fülle vorhanden, und so dürfte auch dieses Jahr viel Arbeitsgelegenheit vorhanden sein. Bei dieser Sachlage könne man wohl daran denken, auch für die Arbeiter etwas herauszuschlagen. Aber die Vorbedingungen zur Erreichung besserer Arbeitsverhältnisse müssen gegeben sein. In erster Reihe sei dazu eine gut geschulte und disziplinierte Arbeiterschaft nötig, desgleichen ausreichende Mittel. Die bisherige Taktik, wie sie bei den Streiks beobachtet worden sei, sei gerade nicht die beste gewesen. Uebereilung und Ueberstürzung sei bei einer Lohnbewegung durchaus nicht am Platze, das könne unter Umständen großen unberechenbaren Schaden verursachen. In Kreisen der schlesischen Weber habe sich der Gedanke eingebürgert, daß ohne Streik nichts zu erreichen sei, daß auf alle Fälle losgeschlagen werden müsse.

Zum größten Teile würden die Aufgaben einer Organisation verkannt, die Gewerkschaften seien keineswegs dazu da, Streiks zu inszenieren, der Streik soll das letzte Mittel sein, wenn die Unternehmerschaft sich zu nichts verstehen will. Die schlesische Weberbewegung sei ja allerdings noch jung, erst in den letzten Jahren haben sie angefangen sich zu entwickeln und darum auch seien die Kollegen noch nicht daran gewöhnt, sich den Anordnungen des Zentralverbandes anzupassen, aber das zu ihrem eigenen Schaden. Sie wollen selbständig handeln, können aber die Tragweite ihres Tuns nicht beurteilen, sie bedenken auch nicht, daß die schlesischen Textilindustriellen gut organisiert und sehr mächtig sind, die ihre Gegenmaßnahmen treffen. Selbst wenn die Gemüter erregt sind, wozu ja Ursache vorliegen mag, müssen die Arbeiter sich zu beherrschen wissen und voreilige Schritte vermeiden. Unter allen Umständen müsse darauf gehalten werden, daß der Zentralvorstand von allen Vorkommnissen verständigt wird. Es entspann sich über das Referat eine längere, rege Debatte, in der die Redner dem Referenten wohl Recht gaben, aber doch zum Ausdruck brachten, daß manchmal ein selbständiges Handeln seine Vorteile habe. Anerkannt wurde jedoch, daß die Hebung des Bildungsniveaus Not tue, die Kollegen seien noch nicht von dem Geiste einer modernen Arbeiterbewegung durchdrungen, obwohl manches schon besser geworden ist. Der Mangel an geeigneter Lektüre mache sich allenthalben fühlbar. Mischke-Peterswaldau glaubt, daß die Einführung von Arbeiterausschüssen in allen Betrieben Nutzen schaffen könnte. Liebich-Friedland bedauert, daß leider der Alkohol bei den Kollegen noch eine gar zu große Rolle spiele. Der Alkohol sei der Arbeiter größter Feind, gegen ihn müsse unbedingt angekämpft werden.

Rössel-Berlin bemerkte, daß unter allen Umständen der Hauptvorstand von allen Vorgängen unterrichtet werden müsse. Die Kollegen sollten über die Vorteile der Arbeitszeitverkürzung aufgeklärt werden. Es wurde ein Antrag angenommen, dahingehend, der Gau- und Zentralvorstand solle mehr als bisher Wert auf die geistige Ausbildung der Mitglieder legen.

Der nächste Punkt betraf die Berichterstattung der in Langenbielau eingesetzten Lohntarifkommission. Hierzu erhielt Kollege Scholz-Langenbielau das Wort. In längerer Ausführung legte er die großen Schwierigkeiten dar, der Aufgabe gerecht zu werden, für die Textilarbeiter Schlesiens einen einheitlichen Lohntarif auszuarbeiten. Die Kommission habe sich die erdenklichste Mühe gegeben, etwas brauchbares zu schaffen, es sind in der Zeit vom Juni bis Oktober v. J. 15 Sitzungen abgehalten worden, aber es sei ihr bei den tausenden von Positionen, die dabei in Betracht zu ziehen seien, nicht möglich gewesen. Thierschmidt-Liegnitz äußerte sich zu der Sache, daß auf tariflichem Wege viel Ersprießliches für die Arbeiter nicht herauskommen könne, nach seiner Meinung müßten die Löhne nach der „Schußmenge" bezahlt werden. Von anderer Seite wurde dagegen angeführt, daß tarifliche Verträge für die Textilarbeiter von Nutzen sein würden, doch einen einheitlichen Tarif für sämtliche schlesischen Webereien zu schaffen, erscheine unmöglich, aber für jeden einzelnen Betrieb könnte wohl ein Tarif eingeführt werden. Es wurde zu der Tariffrage folgender Beschluß gefaßt:

„Die heutige Konferenz, die zu der Ueberzeugung gekommen, daß Tarifverträge für Textilarbeiter von Nutzen sind, beauftragt den Gauvorstand, in den einzelnen Bezirken, wo gleiche Artikel hergestellt werden, geeignete Personen zu beauftragen, bis zur nächsten Konferenz brauchbare Tarife auszuarbeiten. Die betreffenden Personen sind entsprechend zu entschädigen."

Aus den sachlichen Ausführungen der einzelnen Redner war zu entnehmen, daß man der Tariffrage eine große Bedeutung beimißt, weil dadurch doch geregeltere Zustände in den Fabriken Platz greifen würden. Sehr viel Zeit nahm der Punkt: „Stellungnahme zu der nächsten Generalversammlung des Verbandes in Mühlhausen" in Anspruch, hervorgerufen durch die große Anzahl von Anträgen seitens der Delegierten für Görlitz. Die Anträge betreffen die Einführung einer Erwerbslosen-Unterstützung, ferner die Anstellung besoldeter Beamten für solche Verwaltungsstellen, die 700 Mitglieder und mehr haben, auf Kosten des Zentralverbandes; außerdem einige verwaltungstechnische Anliegen. Nach längerer Auseinandersetzung wurde beschlossen, sie der Generalversammlung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Betreffend die Einführung von Arbeitslosen-Unterstützung wurde angeführt, daß ohne Erhöhung der Beiträge der Plan nicht durchführbar sei. Es erscheine aber nicht gut angängig, für Schlesien eine Steigerung der Beiträge eintreten zu lassen, dazu seien die Löhne zu niedrig. Doch solle der Gedanke nicht aufgegeben werden. Nach Erledigung weiterer Angelegenheiten ging man zur Wahl des Gauleiters durch Stimmzettel über. Kollege Fritsch wurde einstimmig wiedergewählt. Die Festsetzung des Ortes der nächstjährigen Gau-Konferenz wurde dem Gau-Vorstande überlassen. Nach einem Schlußworte des Kollegen Fritsch und Rössel, in dem die Delegierten ermahnt wurden, mit voller Hingabe für die Erstarkung des Textilarbeiter-Verbandes zu wirken, damit endlich auch im Schlesierland für die Weber bessere Existenzbedingungen geschaffen werden können, schloß der Vorsitzende, Kollege Haberecht, die Konferenz mit einem Hoch auf den Verband und die schlesische Weberbewegung.

Verbandstag der Hafenarbeiter.

Im Westender Gewerkschaftshaus in Stettin tagte vom 26. Februar bis 2. März die 9. Generalversammlung des Hafenarbeiterverbandes. Anwesend sind 81 Delegierte, vier Gauvorsteher ohne Mandat, drei Mitglieder des Hauptvorstandes, ein Mitglied des Ausschusses, eines der Revisionskommission und eines der Redaktion. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands vertritt R. Schmidt-Berlin, den Transport-Arbeiterverband O. Schumann-Berlin, den Seemannsverband Müller-Hamburg und Lünser-Stettin, die Internationale Transportarbeiter-Föderation Jochade-Hamburg. Aus dem Bericht des Vorstandes für 1904 und 1905 ergibt sich, daß die allgemeine Geschäftslage in der Berichtszeit trotz des russisch-japanischen Krieges durchaus günstig war. Es haben sich in steigendem Maße Reedereivereinigungen, wie u. a. das Reedereisyndikat in Hamburg gebildet, wesentlich zu dem Zweck, Pu-

Ahnen und Arbeiter noch mehr zu schröpfen. Die vom vorigen Verbandstag beschlossenen Erhebungen der Organisation über die Lohnverhältnisse, die Unfallhäufigkeit und die Unfallursachen sind zum größten Teile abgeschlossen, doch noch nicht bearbeitet, da dazu die Kräfte mangelten: die Resultate sollen erst dem „Allgemeinen Schutzkongreß der im Schiffsbau und in der Schiffahrt tätigen Personen" vorgelegt werden.

Mit den meisten anderen modernen Arbeiterorganisationen, mit 24 Zentralverbänden, ist ein Gegenseitigkeitsverhältnis abgeschlossen worden, wonach der Uebertritt frei steht und die in einer Organisation bezahlten Beiträge in der anderen angerechnet werden. Ein engeres Kartell-Verhältnis ist mit den Zentralverbänden der Eisenbahner, Maschinisten und Heizer, Seeleute, Hafenarbeiter, Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter geschaffen worden und von den Generalversammlungen der übrigen Verbände bereits genehmigt.

Die Grenzstreitigkeiten haben sich vermindert. Die Mitgliederzahl der internationalen Föderation hat jetzt ca. 100,000 erreicht. Um die Agitation wirksamer zu gestalten, sind besoldete Gauleiter angestellt und Gaukonferenzen angesetzt worden. Die Zahl der Neueingetretenen in den beiden Berichtsjahren — 17,848 — ist größer als die Mitgliederzahl des Verbandes überhaupt. Von den Neueingetretenen sind 16,866 oder mehr als 90 Prozent wieder verloren gegangen. Die Mitgliederzahl des Verbandes ist demnach von 16,481 auf 17,716, gemessen in vollen Jahresbeiträgen, angewachsen. Berücksichtigt man die Erfahrungstatsache, daß ungeheuer viele Mitglieder mit ihren Beiträgen rückständig sind, so dürfte die wirkliche Mitgliederzahl 21,959 betragen oder 1482 mehr als am Schluß der letzten Geschäftsperiode (1903).

Die zahlreichen Streiks in der Berichtsperiode haben dem Verbande 221,745.19 Mark gekostet. Jetzt liegen dem Vorstande nicht weniger als 23 Anträge auf Einleitung neuer Lohn-Bewegungen vor.

Ueber den Kassenbericht ist folgendes zu sagen: Die Ausgaben haben im Jahre 1904 297,000 Mark, im Jahre 1905 360,000 Mark betragen und damit die Einnahmen um insgesamt 42,000 Mk. überstiegen. Der Kassenbestand ist infolgedessen von 80,000 Mark auf 38,000 Mk. zurückgegangen. In den Lokalkassen ist hingegen das Vermögen um etwa 2000 Mark gewachsen. Die Ausgaben verteilen sich folgendermaßen: Für Streiks und Aussperrungen 213,928 Mark, für Krankengeld 64,183 Mark (besteht erst seit 1. Oktober 1904; 1905 erforderte das Krankengeld über 58,000 Mk.), für Sterbegeld 18,800 Mark, für Gemaßregelten und sonstige Notunterstützung 11,912 Mark, für Rechtsschutz und Gerichtskosten 6627 Mark. Für die Lohnkämpfe anderer Organisationen wurden 7929 Mark verausgabt, darunter 3000 Mark für die Bergarbeiter und 1626 in Bezeugung der internationalen Solidarität. Für Verbandstage und Konferenzen wurden 7569 Mark ausgegeben.

Es folgte über den Geschäftsbericht eine sehr eingehende Debatte. Decker-Magdeburg beschwert sich hauptsächlich über die von einigen Schiffahrtsgesellschaften erlassenen harten Bestimmungen bezüglich Behandlung, Kündigungsfristen 2c. und verbreitet sich dann über die Schwierigkeiten eines erfolgreichen Streiks der Kollegen auf den Berliner Schiffen. Mommert-Breslau schildert als Bezirksleiter für das Odergebiet die Lage der dortigen Binnenschiffer. Daß diese die Sonntagsruhe trotz der Erhebungen nicht erhalten würden, hätten in Oberschlesien schon die Pfaffen gesagt. Clemens-Duisburg entschuldigt den wilden Streik in Duisburg. — Die weitere Debatte dreht sich fast ausschließlich um die Frage, ob die Hauskassierung eingeführt und weitere Verbandsbeamte angestellt werden sollen.

In der Abstimmung wird den Vorlagen des Vorstandes betr. Beschickung des Schutzkongresses für alle im Schiffsbau und in der Schiffahrt beschäftigten Arbeiter, betr. das Gegenseitigkeitsverhältnis mit 24 anderen Zentralverbänden und betr. das Regulativ für Gauvorstände einstimmig angenommen. Die Anstellung weiterer Gaubeamter wird dem Zentralvorstand überlassen; alle darauf gerichteten Anträge werden ihm zur Berücksichtigung überwiesen.

Es folgt die Debatte über den Kassenbericht. Nach Schluß derselben wird der Kassierer einstimmig entlastet. Folgende Bestimmungen werden festgesetzt: Für die Binnenschiffer und Flößer sollen nach den Hauptströmen Sektionen gebildet werden. Untersektionen oder Mitgliedschaften mit besonderen Vorständen, die Prozente für sich behalten, sollen nicht gebildet werden dürfen, vielmehr sollen die Beiträge unverkürzt an die Sektionskasse abgeführt werden. Im Krankheitsfalle soll die Unterschrift des örtlichen Vertrauensmannes nach Einsicht des ärztlichen Attestes zur Auszahlung des Krankengeldes genügen, wenn der Erkrankte nicht in einer Ortskrankenkasse ist.

Vorsitzender Döring macht darauf aufmerksam, daß der Verband sich damit auf eine Mehrausgabe von 30—10,000 Mk. [illegible] einrichten müsse.

---

* **An Eltern und Vormünder.** Mit dem herannahenden Osterfeste kommt die Zeit, wo die der Schule entlassenen Knaben den Berufen zugeführt werden, die dereinst für sie die Quelle bieten sollen, zunächst sich selbst versorgt zu sehen, die in späteren Jahren aber auch so reichlich fließen soll, um einen eigenen Herd begründen und den Stürmen gegen Alter und Familie vorkommen zu können. Da gilt es denn [illegible] den Knaben vor allem in eine Lehre [illegible] vorhanden, daß ihm [illegible] und tüchtige Ausbildung zu teil wird, und [illegible] ihm eine Empfehlung für die spätere [illegible] Punkt 1 wird sich nur dann [illegible] wenn er in eine Werkstatt kommt, wo die [illegible] Gehilfen in einem gesunden Verhältnis [illegible] Kräfte vorhanden, die dem Lernenden [illegible] dort, wo die Lehrlinge in der [illegible] vorhanden sind, wird es sich [illegible] um eine [illegible] Ausbildung derselben [illegible] aus der Arbeitskraft des Lehrlings [illegible] besonderer Lehrzeit als un[illegible] für [illegible] und stellungslos zu erklären, [illegible] angenommen ist. Um diesem [illegible] Berufe entgegenzutreten, hat [illegible] Buchdruckgewerbe nahezu die Gesamtheit der Prinzipale und Gehilfen vereint [illegible] daß für die Folge nur solche Gehilfen [illegible] auf Unterkommen in den besseren Geschäften haben sollen, die in Druckereien gelernt haben, deren [illegible] den deutschen Buchdruckertarif beim Tarifamte der Deutschen Buchdrucker durch unterschriftliche Erklärung anerkannt, und wo 2. die Lehrlingszahl der im deutschen Buchdruckertarife aufgestellten Lehrlingsskala entspricht. Für Eltern oder Vormünder entsteht nun die Pflicht, falls sie ihre Söhne dem Buchdruckerberufe zuführen wollen, sich unter allen Umständen zu vergewissern, daß der Lehrherr den deutschen Buchdruckertarif anerkannt hat; beachten sie das nicht, können sie sich des Vorwurfes nicht erwehren, über die Zukunft ihres Kindes in leichtfertigster Weise verfügt und diesem das spätere Fortkommen in bedenklichster Weise erschwert, wenn nicht ganz verschlossen zu haben. Die [illegible] Tarifbehörde im Buchdruckgewerbe wird streng darauf achten, daß diese Schutzmaßnahme gegen unlautere Konkurrenz und Lehrlingszucht straff gehandhabt wird, und ermahnt deshalb Eltern und Vormünder eindringlichst zur Vorsicht bei Anmeldung der Lehrlinge zum Buchdruckerberufe. Sicherste Auskunft hierüber wird an der im Inserat angegebenen Stelle erteilt.

* **Kein Streikbrecher-Agent** will Herr Erich Frebag, Sadowastraße 88, sein. Er teilt uns mit, daß er nicht der Agent sei, der an bestreikte oder aussperrende Firmen Arbeiter liefere. Bekanntlich hatten wir auch das gar nicht behauptet. Es sind noch vier oder noch mehr Agenten in Breslau, die tatsächlich Streikbrecher-Agenten sind.

* **Geplatzte Patronen.** Der Polizeibericht meldet: Am 3. d. Mts. wurde in die Straßenbahnschienen auf der Kohlenstraße eine Patrone gelegt, die zur Explosion gelangte, als ein Straßenbahnwagen darüber fuhr. Durch das Geschoß wurde die Scheibe in der Tür eines Backwarengeschäfts zertrümmert. — Ferner wurde auf der Friedrich-Karlstraße eine mit Schießbaumwolle geladene Patrone zur Entladung gebracht. Beide Explosionen waren von starken Detonationen begleitet.

Hoffentlich wird man hinter diesen Attentaten keine Sozialdemokraten vermuten, die schon jetzt zum 18. März, diesem denkwürdigen Tage der Märzrevolution und der wiederkommenden Wahlrechtsbewegung, demonstrieren wollen!

* **Unfälle.** Dem Krankenhaus der Barmherzigen Brüder zugeführt wurden u. a. folgende schwer Verletzte: Ein Maler, der auf der Zietenstraße durch Ausgleiten, verursacht durch eine Apfelsinenschale, fiel und das rechte Bein brach; ein Kutscher von der Neuen Tauentzienstraße, der von seinem Gefährt an ein Tor gedrückt ward und den linken Arm brach; ein Arbeiter, dem auf dem Hauptbahnhof beim Verladen von Schienen durch eine herabfallende der rechte Fuß gebrochen ward; ein Kutscher von der Pöpelwitzerstraße, der vom Wagen fiel, überfahren ward und dabei das rechte Bein gebrochen wurde.

* **Leiche.** Am 4. d. M. wurde hinter den Schießständen die Leiche eines Mannes aus der Oder gezogen, bei welchem sich die Papiere auf den Namen August Sacher befanden.

* **In einem blutigen Streite** kam es am 2. d. Mts. Abends in einer Gastwirtschaft auf der Brandenburgerstraße zwischen einem Landwirt von der Yorkstraße und einem Kohlenarbeiter. Der durch einen Former geschlichtete Streit setzte sich aber auf der Straße fort und plötzlich zog der Arbeiter einen scharfen Gegenstand (ob Meißel oder Messer ist noch nicht festgestellt) aus der Tasche und schlug damit den Landwirt über den Kopf. Die Verletzungen sind lebensgefährlich, da die Schädeldecke durchschlagen ist und auch sonst der Kopf schwere Wunden aufweist. In der Unfallstation der Elisabethinerinnen auf der Gräbschenerstraße wurde dem Verletzten die erste Hilfe geleistet, worauf er in das Wenzel Hancke'sche Krankenhaus gefahren wurde. Der Täter hatte die Flucht ergriffen, ist jedoch am Sonntag in Haft genommen worden. Der Verletzte aber ist noch nicht vernehmungsfähig.

* **Brände.** In einer Wohnung Klosterstraße 87 gerieten am 4. d. M., Vormittags, Tapetenrollen, ein Teppich, vier Wäschekörbe, ein Schrank und ein Türrahmen auf unermittelte Weise in Brand. Das Feuer war vor Ankunft der Feuerwehr gelöscht. — In einer Wohnung Berlinerstraße 32 geriet am 4. d. Mts., Nachmittags, ein Bett in Brand. Nachdem die Feuerwehr die Tür aufgesprengt hatte, wurde das Feuer mit einigen Eimern Wasser gelöscht.

* **Unfall.** Am 4. d. M. kam ein Arbeiter auf der Friedrich-Karlstraße zu Fall und brach das linke Bein.

* **Ueberfall.** In der Nacht zum 4. d. Mts. wurde auf der Rosenthalerstraße ein Arbeiter durch mehrere junge Burschen angefallen, zu Boden geworfen und mit Füßen getreten, sodaß er Wunden im Gesicht erlitt.

* **Gestohlen** wurden aus dem Schulhause auf der Fürstenstraße ein Knabenüberzieher, einer Malerfrau in einem Geschäft auf der Moltkestraße ein Portemonnaie mit 16 Mk., einem in einer Restauration auf der Stockgasse eingeschlafenen Arbeiter ein Portemonnaie mit 15 Mk., aus einer Bäckergesellenschlafstube auf der Antonienstraße durch einen Mann, der durchs Fenster eingestiegen war, ein Portemonnaie mit 30 Mk., eine silberne Remontoiruhr und ein Taschenmesser, einer Dame auf der Schweidnitzerstraße ein Portemonnaie mit 50 Mk. aus der Handtasche und aus einem Keller auf der Alsenstraße drei Zentner Kartoffeln. — Am 4. d. M. Abends stahlen ein Arbeitsbursche und ein Schlosserlehrling vor der Kasse eines Variétés einem Kaufmann ein Portemonnaie mit 17 Mk. aus der Ueberziehertasche. Die jungen Leute wurden bald durch einen Schutzmann auf der Galerie ermittelt und festgenommen. Das Geld hatten sie bereits geteilt und in den Gamaschen versteckt. — In der Nacht zum 3. d. M. wurden von acht Lebensbäumen in den Anlagen vor der Lutherkirche die Kronen abgeschnitten und gestohlen.

* **Polizeiliche Meldungen.** In das Polizeigefängnis wurden am 3. und 4. d. M. 56 Personen eingeliefert. — Gefunden wurden ein Siegelring, ein Stock mit silbernem Griff, eine silberne Herrenuhr, ein Trauring und eine goldene Brosche. — Abhanden kamen: eine Krawattennadel mit Brillanten, eine goldene Damenuhr, eine Pelzboa, ein goldenes Kettenarmband mit fünf Opalen, ein Zwanzigmarkstück und ein Jubiläumszweimarkstück.

Aus Schlesien und Posen.

Breslauer Justizkomödien.

Ueber die Taten des früheren Breslauer Landgerichts-Direktors Freitag, dessen unser Genosse, Rechtsanwalt Heine, in seiner am Donnerstag gehaltenen Reichstags-Rede gedachte, wird dem „Berl. Tagebl." von einem genauen Kenner der betreffenden Vorgänge folgendes geschrieben, das für unsere Leser von ganz besonderer Bedeutung ist:

„Der vor etwa 10 Jahren in Leipzig als Reichsgerichts-Rat verstorbene Freitag wurde, nachdem er vorher als Landgerichts-Direktor bereits in Glatz und Beuthen OS. amtiert hatte, Mitte der achtziger Jahre nach Breslau versetzt. Er war dort zuerst Vorsitzender der ersten Strafkammer, die nur erstinstanzliche Sachen zu bearbeiten hatte, und dann Vorsitzender der zweiten Strafkammer, die nicht nur erstinstanzliche Sachen, sondern auch Berufungen zu erledigen hatte. Der Vorgänger Freitags als Vorsitzender dieser Berufungskammer war der Landgerichtsdirektor Behling, ein ruhiger, wohlwollender, die verkörperte Unparteilichkeit darstellender Mann. Unter ihm hatten Berufungen, die von Angeklagten eingelegt waren, mindestens eben so oft Erfolg wie Berufungen, die von der Staatsanwaltschaft ausgingen. **Von dem Tage an aber, an welchem Freitag Vorsitzender der Berufungskammer wurde, trat in den Ergebnissen der Verhandlungen ein auffälliger Wandel ein.** Nunmehr hatten **Berufungen von Angeklagten nur noch höchst selten Erfolg,** um so häufiger drang dagegen die **Anklagebehörde** mit ihren Berufungen durch. Unter Freitags Vorsitz wurden im allgemeinen **Belastungszeugen von vornherein als glaubwürdig, Entlastungszeugen hinwider von vornherein als unglaubwürdig** erachtet. Freytag brachte dies unter höchst **willkürlicher** Anwendung der entsprechenden Vorschriften der Strafprozeßordnung dadurch auch äußerlich zum Ausdruck, daß er Belastungszeugen in der Regel vorher, Entlastungszeugen dagegen meist nachher vereidigte. Ferner bildete sich unter Freitags Vorsitz folgende Praxis heraus: **Sobald die Belastungszeugen vernommen waren, tauschte Freitag mit demjenigen der Beisitzer, der Berichterstatter in der Sache war, einen bezeichnenden Blick aus. Der Berichterstatter erhob sich darauf, ging zu dem Gerichtsschreiber und diktierte ihm das die Verwerfung der Berufung des Angeklagten aussprechende Erkenntnis in die Feder!** Während dann die Entlastungszeugen vernommen wurden und der Verteidiger seine Ausführungen machte, **lag das fertige Urteil bereits vor dem Vorsitzenden.** Diese Praxis bestand schon geraume Zeit, als ein Breslauer Anwalt, Dr. Mamroth — er ist inzwischen Justizrat geworden —, beschloß, das eben geschilderte, ganz ungehörige Verfahren in öffentlicher Sitzung zur Sprache zu bringen. Wieder lag das Urteil fertig da, **obgleich die Vernehmung der Entlastungszeugen noch nicht beendet war** und der Verteidiger noch nicht gesprochen hatte. Als dieser an die Reihe kam, begann er seine Ausführungen mit den Worten: „Ich möchte zur Rechtfertigung der Berufung noch verschiedenes ausführen, obgleich ich zu wissen glaube, daß der die Verwerfung der Berufung aussprechende Tenor des Erkenntnisses sich bereits in der Hand des Herrn Vorsitzenden befindet." Nun kam es zu einem erregten Auftritt. **Freitag bestritt (!),** daß diese Annahme des Verteidigers zutreffend sei, und als der Verteidiger dabei beharrte, holte er einen Gerichtsbeschluß ein, durch welchen **dem Verteidiger verboten wurde, noch weiter über das in den Händen des Vorsitzenden befindliche Schriftstück zu reden.** Der Verteidiger machte alsdann seine Ausführungen, worauf die Richter sich ins Beratungszimmer zurückzogen und auf **Verwerfung der Berufung** erkannten. Seit diesem Vorgange hörte die geschilderte Praxis auf. Auch in Zivilsachen ist diese Praxis hier und da geübt worden. Ein Senatspräsident bei einem Oberlandesgericht pflegte, wenn er Erkenntnisse **fertig mitbrachte,** dies scherzend mit den Worten zu erklären: „Im früheren (dem schriftlichen) Verfahren mußte ich ein schriftliches Referat ausarbeiten. Statt des Referats mache ich jetzt bald das **Erkenntnis.**" Ein solches Verfahren braucht nicht weiter kritisiert zu werden, es richtet sich selbst. Die Verhandlung wird dadurch zur **Komödie.**"

Der Verfasser dieser Enthüllungen erwirbt sich durch die Veröffentlichung ein großes Verdienst. Das nur zu sehr berechtigte Mißtrauen in die sogenannte „Rechts"pflege wird dadurch noch mehr genährt. Und wenn jetzt, nach diesen öffentlichen Brandmarkungen dieser Rechts-Vergewaltigungen Fälle wie die kürzlich entlarvten in Berlin, nicht mehr vorkommen sollten, so können die Angeklagten und von der Justiz Gehetzten damit nur zufrieden sein. Freilich: Die Klassen-Justiz ist damit noch lange nicht aus der Welt geschafft! Ja, vielleicht erzeugt gerade diese Veröffentlichung neue Klassenjustiz-Urteile, neue Bluturteile, weil hier und da Richter durch diese Veröffentlichung verbittert werden und sich von politischen Leidenschaften leiten lassen. Daß das vorkommt, hat ja selbst der oberste Hüter preußisch-deutscher Rechtsauslegung, Staatssekretär Nieberding, am Donnerstag selbst zugegeben!

Striegau, 5. März. Aus der Volksschule. Am Freitag Mittag warteten verschiedene Eltern, die ein Mädchen in der Klasse 3a hatten auf die Rückkehr ihres Kindes. Kurz vor Beendigung des Schulunterrichts um 11 Uhr wurde den Kindern gesagt, sie sollten noch etwas warten, weil der Arzt kommen würde. Der Lehrer, der die letzte Stunde von 10—11 Uhr Unterricht erteilte, ging nach Hause und übergab die Aufsicht einem Mädchen aus derselben Klasse. Erst als das Schulfräulein, der die betreffende Klasse untersteht, um 1 Uhr Nachmittags in die Schule kam, wurden die Kinder nach Hause geschickt. Die Kinder hatten also zwei volle Stunden, ohne daß sich jemand um sie gekümmert hätte, in der Schule gesessen. Ein Mädchen hatte sich während dieser Zeit die Kleider vollgemacht, weil die — „Aufpasserin" — nicht erlaubte auszutreten. Weiß die Schulbehörde davon?

Hirschberg, 5. März. Eine verpuffte Staatsaktion. Während der Aufreizungs-Periode um den roten Sonntag herum hatte die hiesige Staatsanwaltschaft gegen den Genossen Kaspareck ein Verfahren wegen „Aufreizung zu Gewalttätigkeiten" eingeleitet. Nach einiger Zeit — wahrscheinlich hatte er an einem Sünder nicht genug — dehnte er das Verfahren auch gegen den Genossen Albert-Breslau aus! Und das, obwohl als einziger Verantwortlicher K. auf dem Flugblatt verzeichnet stand! Nachdem man nunmehr Albert genügend Scherereien bereitet, ihn vor den Untersuchungsrichter zitiert 2c., sah sich jetzt am 3. März, der Staatsanwalt gezwungen, das Verfahren gegen den Genossen Albert einzustellen. Gegen den Genossen Kaspareck scheint jedoch das für den Ankläger völlig aussichtslose Verfahren seinen Fortgang zu nehmen.

Hirschberg, 6. März. Noch ein Soldatenschinder! Das Kriegsgericht der 9. Division zu Glogau verurteilte den Sanitätsfeldwebel Bagnschke vom 5. Jägerregiment in Hirschberg wegen Mißbrauches der Dienstgewalt in Verbindung mit Beleidigung Untergebener in 15 Fällen zu einem Jahr Gefängnis und Degradation. Die Verhandlung fand wegen „Gefährdung der Disziplin" unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt.

In Hirschberg scheint die Zahl der Leuteleiniger in der Kaserne bedenklich im Zunehmen begriffen zu sein. Muß auch da der Reichstag erst ein kräftig Wörtlein reden? Die Väter der Söhne im grünen Jägerrock würden es ihm großen Dank wissen!

Kleine provinzielle Nachrichten.

In **Ratibor** drang gestern kurz vor Beginn des Unterrichts in der Mädchenschule am Neumarkt aus einem der im ersten Stock gelegenen Klassen angstvolles Geschrei: in panischem Schrecken stürzten gleich darauf die Mädchen aus der Klasse hinaus, sodaß Rektor und Lehrer, welche auf die Hilferufe herbeigeeilt waren nicht sofort in das Klassenzimmer gelangen konnten, in dem eines der Kinder in Flammen stand. Als der Zugang möglich war, eilte zunächst Rektor Türke in das Zimmer und fand hier ein elfjähriges Mädchen, die Tochter des Haushälters Surma in der Taubstummen-Anstalt, als Flammensäule. Er bemühte sich die Flammen zu ersticken, wobei er sich an den Händen Brandwunden zuzog, einer der herbeigeeilten Lehrer warf seinen Paletot über das Mädchen und erstickte so die Flammen. Das Kind erlitt besonders schlimme Brandwunden im Gesicht und an der Schulter. Das Unglück wurde dadurch herbeigeführt, daß das Mädchen, als es den in einer Flasche mitgebrachten Kaffee zum Wärmen hinter den Ofen stellen wollte, unvorsichtiger Weise der Feuerung zu nahe kam, so daß ihre Kleider in Brand gerieten. Die Sektion der Leiche des ermordeten Gutsbesitzers Max Kunisch in **Kunzen** bei Ohlau hat die Annahme bestätigt, daß die beiden Schüsse aus einer Entfernung von höchstens einem Meter abgefeuert worden sind. Die Brust des Ermordeten ist von 42 Schrotkugeln getroffen worden, von denen 6 im Herzen, die übrigen in der Lunge saßen. Zwei Rippen waren durch die Schrote zerschmettert. Im Verdacht der Täterschaft steht die frühere Wirtschafterin des Kunisch, welche zuletzt in Hermsdorf bei Waldenburg gewohnt hat. Da sich die Verdachtsmomente gegen dieselbe gemehrt, ist von der Staatsanwaltschaft der Haftbefehl gegen die Frau erlassen worden. — In **Goldberg** meldete vorgestern Nacht, kurz nach 10 Uhr, der Turmwächter Feuer und bald zeigte sich am nördlichen Himmel eine sehr starke Röte. Das Feuer war in einer massiven und mit Ziegeln gedeckten zweitennigen Scheuer des Vorwerksbesitzers Kerber zum Ausbruch gekommen und hat das ganze Gebäude nebst Inhalt vernichtet; darunter auch einen zur Dreschmaschine gehörigen Motor. Vor vier Wochen wurde eine große Scheuer desselben Gutes ein Raub der Flammen, ein weiterer Brand in der Gemeinde läßt darauf schließen, daß in allen Fällen Brandstiftung vorliegt. — Der Rentier Mehwald in **Brosowitz** wurde von einem schnell dahinfahrenden Fuhrwerk überfahren und erlitt neben schweren äußerlichen Verletzungen eine Gehirnerschütterung, an deren Folgen er starb.